Gedenkort

Lager

Heinrichstraße

- Die unendliche Geschichte

eines Erinnerungsprojekts -

Projektbericht zum Widerstand

gegen das Bauprojekt „Gerthe-West“

im Bochumer Norden

„Gerthe West – So nicht“

Teil 2

2022 - 2023

KOHLENGRÄBERLAND

GESCHICHTSWERKSTATT UNTERM FÖRDERTURM

Projektverlauf 2023

Wir, die Mitglieder der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt fühlen uns nach 5 Jahren Bürgerbeteiligung von der Stadtverwaltung Bochum getäuscht.
Wir fordern weiterhin die Schaffung eines Lern-, Erinnerungs- und Gedenkortes auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lagers „Heinrichstraße“ der Bergbau AG Lothringen und der Eisen- und Hüttenwerke AG in Bochum-Gerthe.

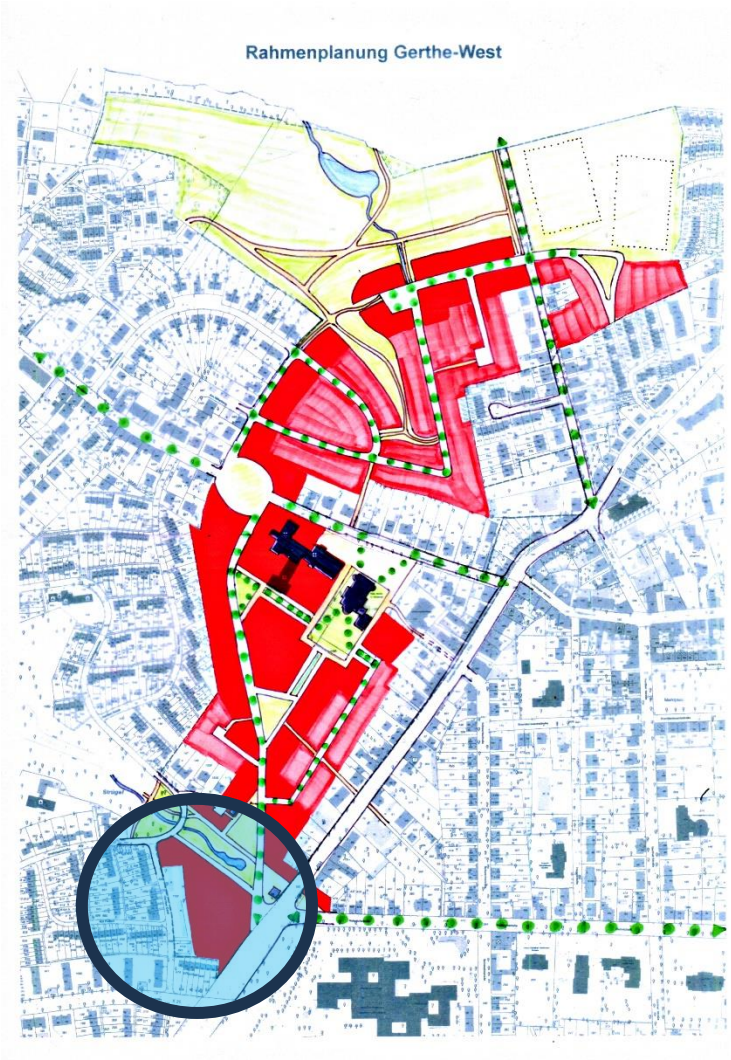


Abbildung 1 Entwurf zur Rahmenplanung "Gerthe-West" mit geplanter Bebauung des ehem. Lagergeländes (siehe Markierung), November 2018 (Foto © Stadt Bochum)

KURZE VORGESCHICHTE

Im November 2018 beschloss der Rat der Stadt Bochum den Vorentwurf der „Rahmenplanung Gerthe-West“ (siehe Abb. 1) zur Erschließung von Bauflächen in Bochum-Gerthe/-Hiltrop für die Errichtung 800 - 1.000 Wohneinheiten.
Die *Kohlengräber* schlossen sich umgehend den Bürgerinitiativen „Pro Gerthe“ und „Gerthe-West – So nicht!“ an, halfen mit, Bürger-Versammlungen zu organisieren, verteilten Flugblätter, errichteten an den Markttagen Info-Stände, um so die Anwohner über die Vergangenheit und die historische Bedeutung dieses Gebietes zu informieren. Auch das Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter-*innen-Lagers an der Heinrichstr. (siehe Markierung in Abb.1) war Bestandteil der Planungen. Hier war eine dichte Wohnbebauung mit zum Teil 6-geschossigen Wohnhäusern geplant.

Unsere „Kohlengräberland-Vorgänger*innen“ hatten seit 2017 umfangreiche Archiv-Recherchen über die Lager der Zeche Lothringen unternommen und bei der Untersuchung des Lagergeländes an der Heinrichstraße sogar noch Zaunpfähle des ehemaligen Lagers aus dem Jahr 1942 entdeckt, die in der Öffentlichkeit völlig in Vergessenheit geraten waren. Die Mühen der Kohlengräber hatten sich schließlich

gelohnt, denn am 31. März 2020 wurde das Lagergelände unter Bodendenkmalschutz gestellt und in die Denkmalliste der Stadt Bochum eingetragen.

Abbildung 2 Lager „Heinrichstraße“ im Jahr 1945 (Foto © Luftbilddatenbank Dr. Carls) / Kohlengräberland)

Abbildung 3 Zaunpfähle auf dem ehemaligen Lager-Gelände (Foto © Kohlengräberland)

Seit den ersten „Schlüsselpersonen-Gesprächen“ mit der Stadtverwaltung Bochum und der Landesplanungsgesellschaft NRW URBAN im August 2019 waren die Schüler*innen des Kohlengräberland-Projekts bis zum Dezember 2021 fester Bestandteil des Bürgerbeteiligungsverfahrens zum Projekt „Gerthe West“.
Im Zuge der drei öffentlichen „Planungswerkstätten“ stellten die drei vom Land NRW beauftragten, konkurrierenden, Planungsbüros ihre Entwurfsplanungen vor und entwickelten diese Schritt für Schritt weiter.
Wir Kohlengräber nutzten dabei jede Gelegenheit, unsere Kritik an den vorgelegten Planentwürfen vorzubringen und die Planer mit unseren Anregungen, Einwänden und Vorschlägen zu überzeugen.
Zahllose Treffen mit den Bürgerinitiativen, das Analysieren und Interpretieren der Pläne, Erläuterungen und Gutachten haben uns manches Mal verzweifeln lassen. Auch heftige Auseinandersetzungen mit Vertretern der Stadtverwaltung, der städtischen Ausschüsse sowie mit Politikern der Bezirksvertretung Bochum-Nord waren nicht zu vermeiden und oft waren wir enttäuscht von der Ignoranz der „Entscheider“ gegenüber uns engagierten Bürgern.
Doch wir Kohlengräber waren erfolgreich: Jedes der drei Planungsbüros respektierte in seinen Abschluss-Entwürfen die besondere Bedeutung des ehemaligen Lagerstandortes, alle berücksichtigten in dem Baugebiet einen zentralen Gedenkort. Auch von der Stadtverwaltung und den Lokalpolitikern wurde die Bedeutung dieses historischen Geländes nun nicht mehr in Frage gestellt. Aus dem Wettbewerb der Planungsbüros ging das Architekturbüro RMP.SL siegreich hervor.

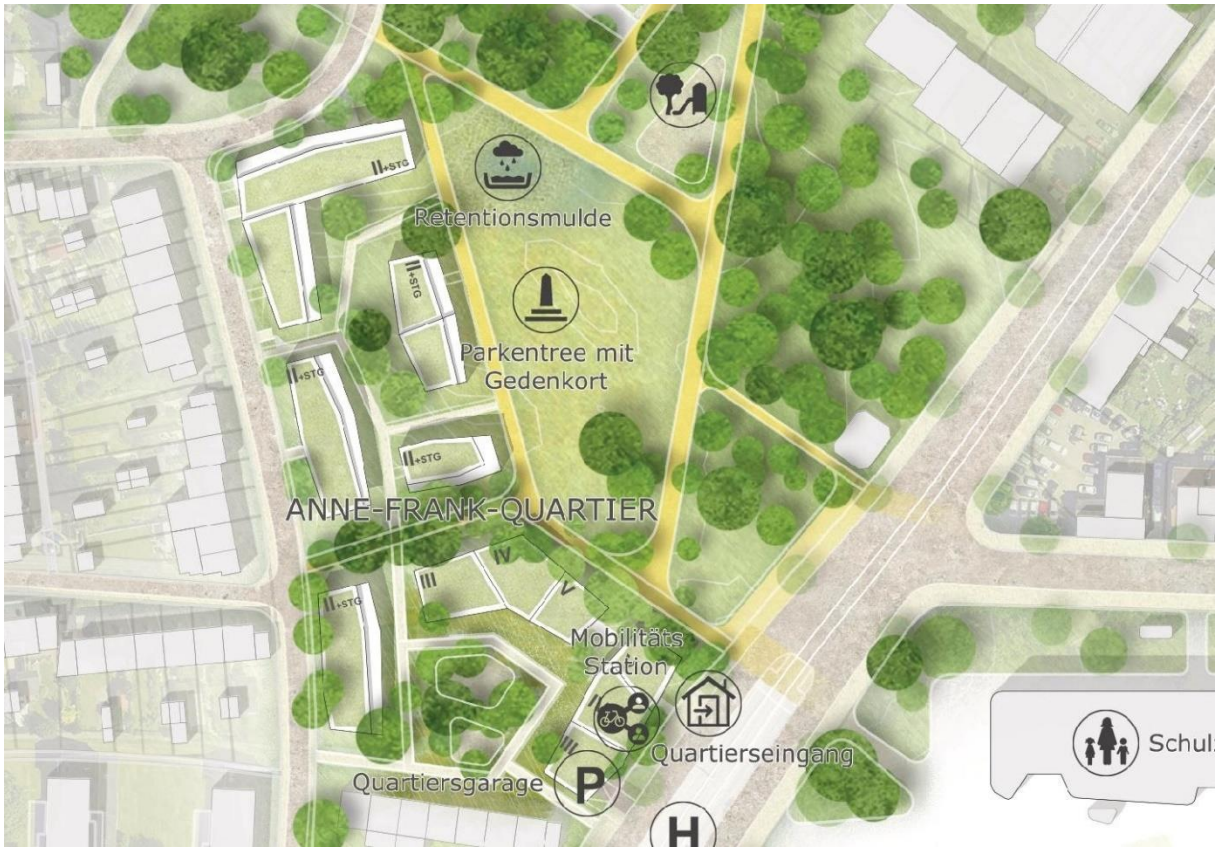


Abbildung 4 Der „Siegerentwurf des Architekturwettbewerbs: Das Architekturbüro RMP.SL berücksichtigte das ehemalige Lagergelände als zentralen Gedenkort im Neubaugebiet (Foto © RMP.SL / Stadt Bochum, 14.09.2021)

Nochmal zur Erinnerung und zum Vergleich:
Der erste Entwurf aus dem Jahr 2018 sah den Bau von 800 – 1000 Wohneinheiten, die Abholzung von mehreren hundert Bäumen, die Zerstörung der Kulturlandschaft und die rücksichtslose Bebauung des ehemaligen Lagergeländes vor.

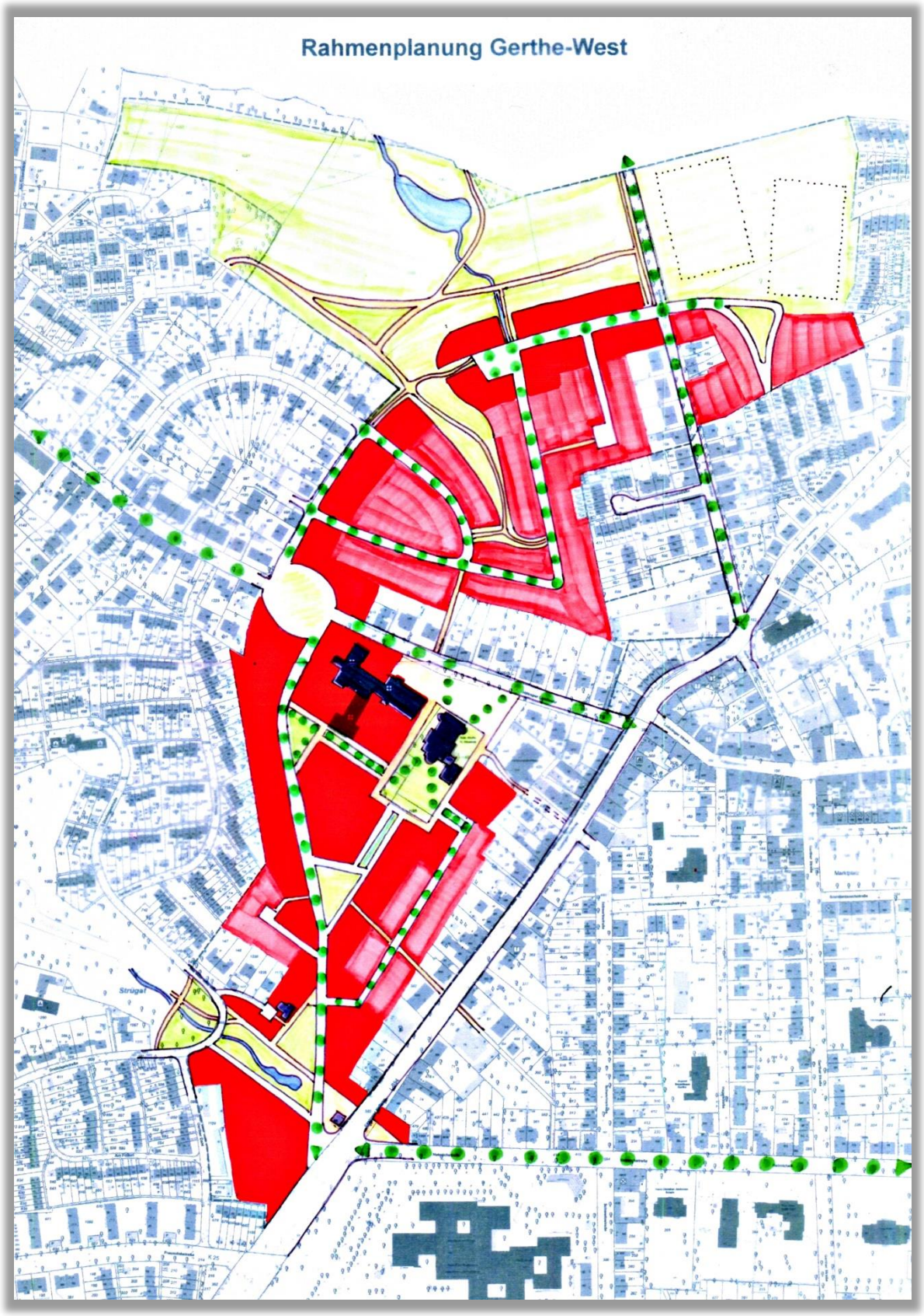


Abbildung 5 ErsterEntwurf zur Rahmenplanung "Gerthe-West" mit geplanter Bebauung des ehem. Lagergeländes (siehe Markierung), November 2018 (Foto © Stadt Bochum)

Siegerentwurf des Architekturbüros RMP.SL:

Dieser Abschlussentwurf vom 14.09.2021 sah nur noch den Bau von 378 Wohneinheiten vor, die mehreren hundert Bäume in der „Wildnis für Kinder“ bleiben im mittleren Bereich erhalten, die Versiegelung der der wertvollen, 11.000 Jahre alten Lößlehm-Böden und der Kulturlandschaft im Norden des Planungsgebietes wird auf ein Minimum reduziert und ein großflächiger zentraler Gedenkort auf dem Gelände des ehemaligen Lagergeländes ist vorgesehen.

Abbildung 6 Der „Sieger-Entwurf“ des Architekturbüros RMP.SL im Architekturwettbewerb zum Wohnbauprojekt „Gerthe-West“ (Foto © RMP.SL / Stadt Bochum, 14.09.2021)

Dieser RMP.SL-Entwurf wurde von allen beteiligten Interessengruppen, den Lokalpolitikern in Bochum-Nord, dem Bürger-Beteiligungsgremium, den Bürgerinitiativen und uns *Kohlengräbern* als gelungener Kompromiss befürwortet und von der Bezirksvertretung Bochum-Nord sowie den Ausschüssen für Strukturentwicklung und Planung und Grundstücke am 2. Dezember 2021 in der Bochumer Jahrhunderthalle verabschiedet, die besondere Bedeutung des Gedenkorts nochmal hervorgehoben.

Lokalpolitiker, Bürgerinitiativen und Kohlengräber glaubten, nach fünf langen, streitbaren Jahren endlich einen für alle Seiten tragbaren Kompromiss erreicht zu haben.

UNSERE STADTTEILE

Planung für Gerthe-West kann beginnen

In gemeinsamer Sitzung entschieden sich drei Gremien am Donnerstag für den Entwurf eines Architekturbüros mit knapp 400 Wohnungen. Proteste vor Beginn der Sitzung in der Jahrhunderthalle

Von Sabine Vogt

Gerthe/Hiltrop. Nach einer sachlichen Debatte nahm die Rahmenplanung für das künftige Neubaugebiet „Gerthe-West" am Donnerstag eine wichtige politische Hürde. In gemeinsamer Sitzung entschied sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der Ausschüsse für Strukturentwicklung und Planung sowie der Bezirksvertretung Nord für den Entwurf des Büros RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten (RMPSL.LA). Somit kann die weitere Planung beginnen.

Drei Bebauungsgebiete

Das Köln-Bonner Büro sieht drei Bebauungsgebiete mit 378 Wohnungen und 280 Parkplätzen vor. Prof. Kunibert Wachten ist Vorsitzender des Begleitgremiums. Auch dessen Mitglieder hatten sich für diese von drei eingereichten Arbeiten entschieden. Die Vorteile des RMPSL-Entwurfs: „Die Bebauung wirkt ausgewogen, Grünbereiche sind gut ausgeprägt."

Das Gremium gab den Planern aber auch Verbesserungsvorschläge mit auf den Weg, wie etwa die zu hohe Zahl der Wege. In der Planung sollen die Relikte des Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagers an der Dreihügelstraße berücksichtigt werden, das Bauvorhaben soll enger verzahnt werden mit dem Schulzentrum über den Castroper Hellweg hinweg.

Ulrike Hohendorff, Mitglied der Bürgerinitiative „Gerthe-West - so nicht!" und bei „Pro Gerthe", gehörte auch dem Gremium an. „Es ist ein tragbarer Kompromiss für alle. Aber die Angst vor ausufernder Verkehrsbelastung im Bochumer Norden bleibt." Offen seien auch Fragen zum Klimaschutz und zum Freiflächenverbrauch. In der Hoffnung auch auf weitere Bürgerbeteiligung sagte sie: „Wir als künftige Nachbarn wollen weiter mitreden."

Vor Beginn der Sitzung hatte die Bürgerinitiative „Gerthe-West - so nicht!" mit Plakaten noch einmal auf ihre Bedenken gegen die Auswirkungen des Wohnbauprojekts hingewiesen. Sabine Schoening: „Wir sind froh, dass unsere Kritik aufgenommen wurde. Der Knackpunkt bleibt der Verkehr. Eine Zunahme durch die Großküche der katholischen Kliniken, durch Ecosoil, die Pflegeschule im ehemaligen Maria-Hilf-Krankenhaus und eben Gerthe-West wird zum Kollaps führen." Um eine Ablehnung des Bauprojektes gehe es indes längst nicht mehr.

Allein die CDU-Fraktion sprach sich in allen drei Gremien gegen den Entwurf des Büros Stephan Lenzen aus. Roland Mitschke: „Wir sind nicht gegen die Wohnbebauung. Aber der vorliegende Entwurf sollte nicht die Grundlage eines Planverfahrens sein." Er kritisierte u.a. die geplante Quartiersgarage: „Wir sind für wohnungsnahe Stellplätze." Auch sei ihm der Anteil an Eigentum bei den Wohnungen zu gering. Die CDU bevorzuge das Konzept einer aufgelockerten Gartenstadt. Der Änderungsantrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Linke forderte, die Hälfte der geplanten Wohnungen als Sozialwohnungen auszuweisen und das Erbbaurecht zu bevorzugen; das fand ebenso wenig Zustimmung in den Gremien wie der Antrag der FDP, das neue Viertel mit innovativer Energie zu versorgen und Verkehrslösungen insbesondere für die Einfahrt zur Gerther City zu finden.

In gemeinsamem Antrag regten SPD, Grüne, FDP und Freie Bürger im Bezirk Nord an, die Eckpunkte des Verkehrskonzeptes Bochum-Nord konsequent umzusetzen, um vor allem auch den Schwerlastverkehr zu reduzieren. Christian Schnaubelt (Grüne): „Dazu gehört auch der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn 308/318 bis Cöppencastrop und eine Lösung der Parkprobleme in den Wohnvierteln." Lob gab es für den Lenzen-Entwurf wegen der geringen Versiegelung, des Erhalts der Landschaftsschutzgebiete und der „Wildnis für Kinder" und wegen der Anzahl der Wohneinheiten.

Dir Initiative „Gerthe-West - so nicht!" machte auf ihre Kritik am Projekt aufmerksam. FOTO: ALEXANDRA ROTH

Aufregung zu Beginn

- Aufregung vor Beginn der Sitzung: Zum Einlass war **2G-plus** erforderlich, doch kaum jemand wusste davon. Die Wogen glätteten sich, als vor Ort Schnelltests gemacht werden konnten.
- Laut Planung sollen die ersten Baumaßnahmen und die Vermarktung der Grundstücke ab dem 3. Quartal **2024 beginnen**. Dazu gehört auch die Verlagerung des vom BV Hiltrop genutzten Sportplatzes „Am Hillerberg" zur Sodinger Straße.

*Abbildung 7 Westdeutsche Allgemeine Zeitung (Bochum) vom 03.12.2021 u.a. zum Beschluss der Ausschüsse zum Bauprojekt Gerthe-West und Anmerkungen zum Denkmalschutz für das „Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lager Heinrichstraße"*

Chronologie der Ereignisse 2023

Die unendliche Geschichte eines Erinnerungs-Projekts

10. Februar 2023 – „Runder Tisch“ mit Stadt Bochum und NRW URBAN

Gut ein Jahr, nachdem der Siegerentwurf des Architekturbüros RMP.SL von den Ausschüssen beschlossen worden war, erhielten wir wieder eine Einladung zu einem Gespräch am 10. Februar am „runden Tisch“ im Amtshaus Gerthe, zusammen mit den Bürgerinitiativen, dem *Kohlengräberland-Projekt*, Vertretern der Stadtverwaltung Bochum sowie NRW.URBAN.

113 90 - Kooperative Baulandentwicklung Stadt Bochum "Wohnen Am Hillerberg" (vorm. Gerthe-West); Gesprächseinladung

Von: **Große-Kreul, Franz** Franz.Grosse-Kreul@nrw-urban.de
Date: Fr., 6. Jan. 2023, 13:13
Subject: 113 90 - Kooperative Baulandentwicklung Stadt Bochum "Wohnen Am Hillerberg" (vorm. Gerthe-West); Gesprächseinladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH (NRW.URBAN) handelt im Projekt „Wohnen Am Hillerberg“ als Treuhänder der Stadt Bochum. Wie Sie der Presse sicherlich entnehmen konnten, hat die Baugebietsentwicklungund das Projekt nun einen neuen Name – „Wohnen Am Hillerberg“, statt Gerthe-West. Darüber hinaus wurde Ende 2022 die städtebauliche und freiraumplanerische Vertiefung beauftragt und dies nehmen wir zum Anlass, die in der Vergangenheit mit Ihnen geübte Kommunikation fortzuführen.

[…] In bewährter Form übernimmt die Gesprächsführung plan-lokal, Dortmund und wir haben auch
folgende Vorschläge zur Agenda:
- Begrüßung, Vorstellung
- Rückblick
- Aktueller Sachstand
- Zeit- und Maßnahmenplanung einschl. Meilensteine im Rahmen der Partizipation-

Bei diesem Treffen wurden wir darüber informiert, dass die Planungen fortgesetzt worden seien und der Öffentlichkeit bei einer Bürgerversammlung am 8. März 2023 im Schulzentrum Gerthe der Öffentlichkeit vorgestellt würden.
Weiterhin wurde den Teilnehmern zugesagt, dass auch für die beiden folgenden Planungsschritte die „Bürgerbeteiligung“ selbstverständlich sei, um die Wünsche und Einwände der Bevölkerung bei den zukünftigen Planungen für das Bauprojekt *„Wohnen am Hillerberg“* (früher: „Gerthe-West“) berücksichtigen zu können.

Auch bei diesem „Runden Tisch“ am 10.02.2023 im Ratssaal des Gerther Amtshauses wurden den teilnehmenden Bürger*innen wieder die uns bekannten und beschlos-

senen Siegerentwurfes des Architekturbüros RMP.SL vom Dezember 2021 präsentiert. Alle beteiligten Bürger*innen und auch wir *„Kohlengräber“* mussten also glauben, an den Plänen hätte sich grundsätzlich nichts Wesentliches mehr geändert, der geplante Gedenkort im ehemaligen „Lager Heinrichstraße“ wäre nun fester Bestandteil der Neugestaltung.

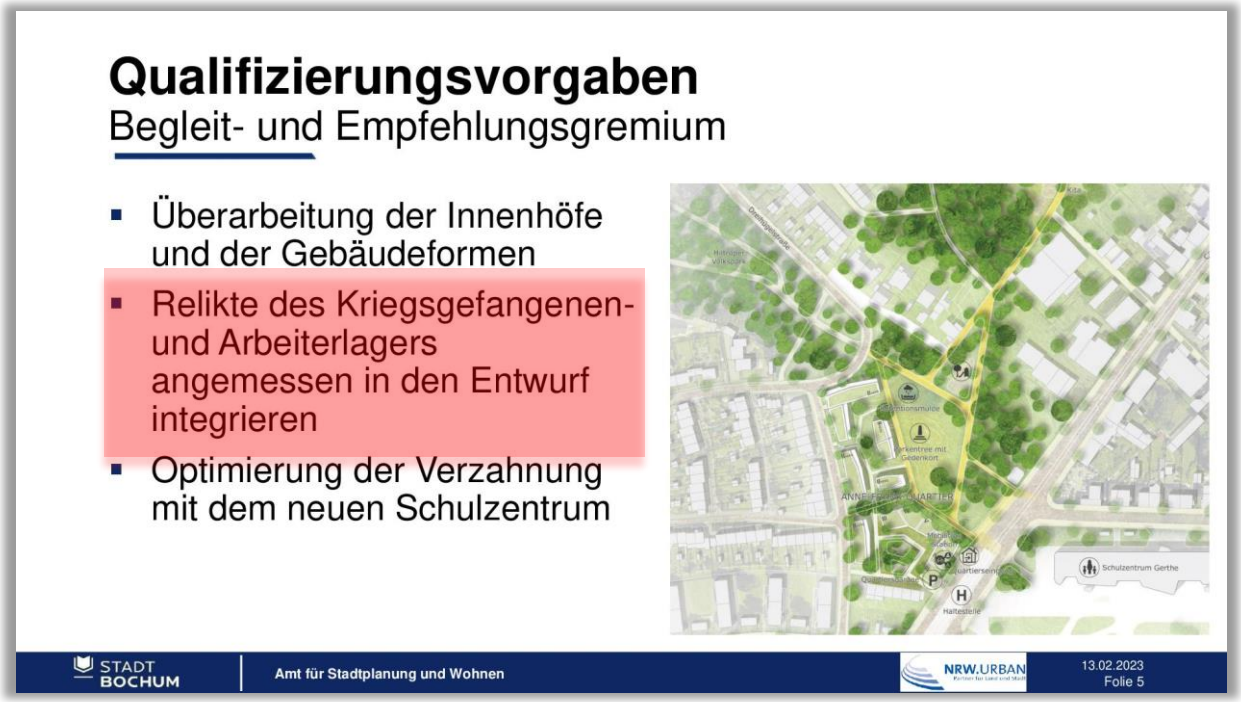
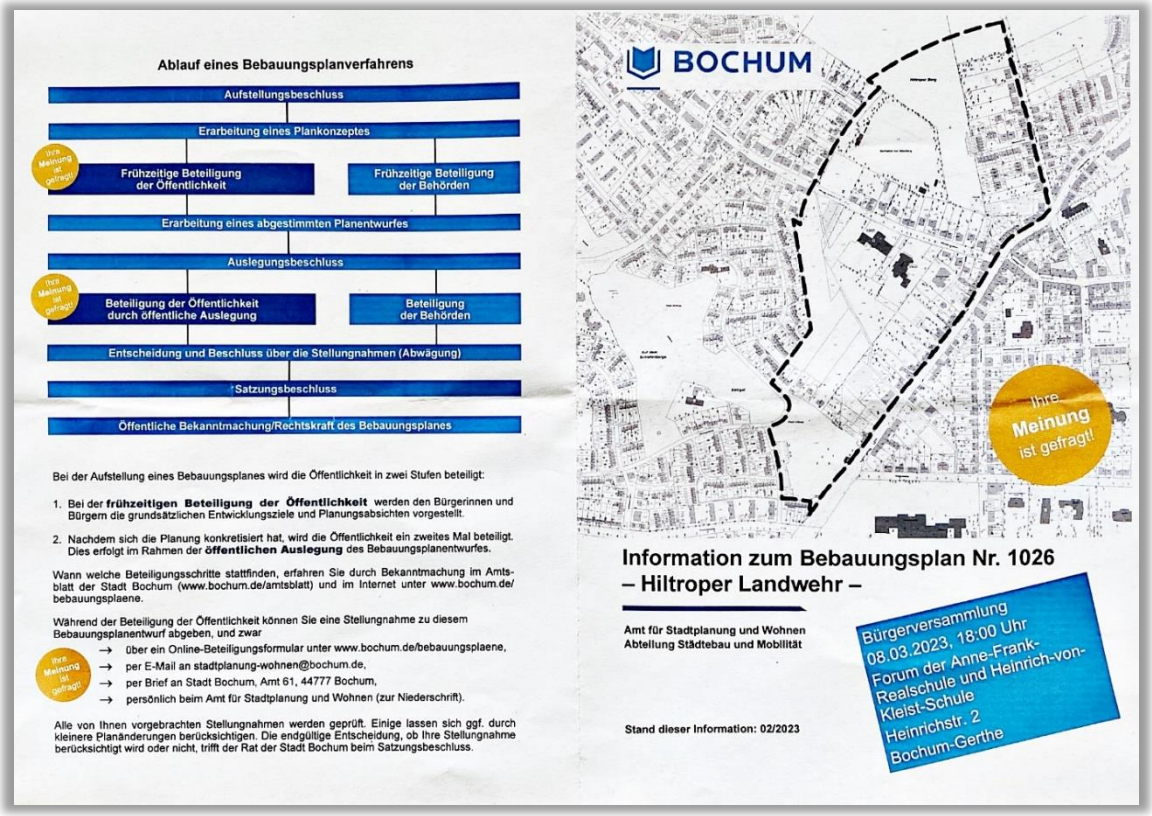


Abbildung 8 Auszug aus der Powerpoint-Präsentation der Stadt Bochum und NRW URBAN beim „Runden Tisch“ am 10. Februar 2023, hier südlicher Planungsbereich / ehem. Lagergelände (Quelle: Stadt Bochum / Planungsbüros: Landschaft planen + bauen sowie PeschPartner, 13.02.2023)

Abbildung 9 Auszug aus der Powerpoint-Präsentation der Stadt Bochum und NRW URBAN beim „Runden Tisch“ am 10. Februar 2023, hier mittlerer Planungsbereich mit den Umrissen des historischen St. Maria-Hilf-Krankenhauses (Quelle: Stadt Bochum / Planungsbüros: Landschaft planen + bauen sowie PeschPartner, 13.02.2023)

Noch im Februar – nur wenige Tage nach dem „Runden Tisch“ - wurden von der Stadt Bochum dann Flyer mit der Einladung zur Bürgerversammlung am 8. März veröffentlicht, die bei uns *Kohlengräbern* Entsetzen, Enttäuschung und Wut auslösten.



Ablauf eines Bebauungsplanverfahrens

Aufstellungsbeschluss
Erarbeitung eines Plankonzeptes
Ihre Meinung ist gefragt! — Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit | Frühzeitige Beteiligung der Behörden
Erarbeitung eines abgestimmten Planentwurfes
Auslegungsbeschluss
Ihre Meinung ist gefragt! — Beteiligung der Öffentlichkeit durch öffentliche Auslegung | Beteiligung der Behörden
Entscheidung und Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägung)
Satzungsbeschluss
Öffentliche Bekanntmachung/Rechtskraft des Bebauungsplanes

Bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes wird die Öffentlichkeit in zwei Stufen beteiligt:

1. Bei der **frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit** werden den Bürgerinnen und Bürgern die grundsätzlichen Entwicklungsziele und Planungsabsichten vorgestellt.
2. Nachdem sich die Planung konkretisiert hat, wird die Öffentlichkeit ein zweites Mal beteiligt. Dies erfolgt im Rahmen der **öffentlichen Auslegung** des Bebauungsplanentwurfes.

Wann welche Beteiligungsschritte stattfinden, erfahren Sie durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Bochum (www.bochum.de/amtsblatt) und im Internet unter www.bochum.de/bebauungsplaene.

Während der Beteiligung der Öffentlichkeit können Sie eine Stellungnahme zu diesem Bebauungsplanentwurf abgeben, und zwar

Ihre Meinung ist gefragt!
→ über ein Online-Beteiligungsformular unter www.bochum.de/bebauungsplaene,
→ per E-Mail an stadtplanung-wohnen@bochum.de,
→ per Brief an Stadt Bochum, Amt 61, 44777 Bochum,
→ persönlich beim Amt für Stadtplanung und Wohnen (zur Niederschrift).

Alle von Ihnen vorgebrachten Stellungnahmen werden geprüft. Einige lassen sich ggf. durch kleinere Planänderungen berücksichtigen. Die endgültige Entscheidung, ob Ihre Stellungnahme berücksichtigt wird oder nicht, trifft der Rat der Stadt Bochum beim Satzungsbeschluss.

BOCHUM

Ihre Meinung ist gefragt!

Information zum Bebauungsplan Nr. 1026 – Hiltroper Landwehr –

Amt für Stadtplanung und Wohnen
Abteilung Städtebau und Mobilität

Stand dieser Information: 02/2023

Bürgerversammlung
08.03.2023, 18:00 Uhr
Forum der Anne-Frank-Realschule und Heinrich-von-Kleist-Schule
Heinrichstr. 2
Bochum-Gerthe

Abbildung 11 Flyer (S. 1 u. 4) zur Bürgerversammlung zum Bauprojekt "Wohnen am Hillerberg" (früher: "Gerthe West"), Foto: Stadt Bochum im Februar 2023

Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 1026 – Hiltroper Landwehr –

Planungsziel

- Entwicklung der Wohnbaufläche 3.01 - Hiltroper Landwehr / Sodinger Straße – des Wohnbauflächenprogramms der Stadt Bochum im Rahmen des Landesprogramm Kooperative Baulandentwicklung
- Mindestens ein Drittel öffentlich geförderter Wohnraum - Beitrag zur Deckung der großen Nachfrage nach zeitgemäßem und barrierefreiem Wohnraum in integrierter Lage in den Stadtteilen Hiltrop und Gerthe
- Weiterentwicklung des Rahmenplanentwurfs von RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten unter Berücksichtigung der Überarbeitungshinweise des Begleit- und Empfehlungsgremiums
- Grünflächen herstellen und aufwerten
- Verbindung der neuen Quartiere untereinander und mit ihrer Nachbarschaft

Städtebauliches Konzept

- Rückgrat des städtebaulich-freiraumplanerischen Konzepts sind umfangreiche Freiräume, die mit Grünstrukturen, Fuß- und Radwegen und Aufenthaltsbereichen bestehende und künftige Quartiere miteinander verbinden
- Erhalt und Weiterentwicklung der Bäume und Grünstrukturen
- Verbesserung der Fuß- und Radwegeverbindungen
- Entwicklung klimaangepasster, wassersensibler Wohnquartiere mit III bis IV Geschossen
  - Gartenhofquartier im Nordteil - 205 Wohneinheiten
  - Generationenquartier im Mittelteil - 120 Wohneinheiten, 55 Wohneinheiten Betreutes Wohnen auf Klinikgelände
  - Anne-Frank-Quartier im Südteil - 110 Wohneinheiten
- Autoarme Quartiere, Unterbringung des ruhenden Verkehrs in Tiefgaragen und Quartiersgaragen

Ihre Ansprechpartnerin im Amt für Stadtplanung und Wohnen

Kerstin Sindram
Telefon: 0234 / 910-2507
E-Mail: ksindram@bochum.de

Persönlich informieren wir Sie

in der Planauslage (Zimmer 1.0.210) im Foyer des Technischen Rathauses, Hans-Böckler-Straße 19, 44787 Bochum, während der Öffnungszeiten:

Montag, Dienstag, Freitag	8.00 bis 13.00 Uhr
Mittwoch	8.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag	8.00 bis 18.00 Uhr

Besuchen Sie uns auch im Internet

unter www.bochum.de/bebauungsplaene.

Abbildung 12 Flyer (S. 2 u. 3) zur Bürgerversammlung zum Bauprojekt "Wohnen am Hillerberg" (früher: "Gerthe West"), Foto: Stadt Bochum im Februar 2023

Schon auf der Planskizze im Flyer waren auf den ersten Blick grundsätzliche Änderungen im südlichen Bauabschnitt im Bereich des ehemaligen Lagergeländes zu erkennen, die so niemand erwartet hatte:

- Aus den ursprünglichen 378 geplanten Wohneinheiten im gesamten Planungsgebiet waren nun 435 geworden.
- Der südliche Bereich (ehem. Lagergelände) wurde – trotz unserer mehrfachen Eingaben und Anträge - als „Anne-Frank-Quartier“ bezeichnet und nicht etwa nach einer Zwangsarbeiterin oder einem Kriegsgefangenen der Zeche benannt.
- Obwohl sich dieses Gelände nun reduziert hatte, weil die Stadt Bochum ignoriert hatte, dass sie gar nicht im Besitz einiger Grundstücke auf dem Gelände war, wurde die Anzahl der Wohneinheiten beibehalten, die Bebauung verdichtet und die Geschosszahlen erhöht.
- Von einem Gedenkort für die Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen der Zeche Lothringen war keine Rede mehr, im Plan war kein Denkmal vorgesehen.

Abbildung 13 Südlicher Teilbereich (Plangrafik: Landschaft planen + bauen NRW GmbH; Pesch Partner Architekten Stadtplanung GmbH), Februar 2023. Siehe hierzu im Vergleich Abb. 4 auf Seite 4!)

8. März 2023 – Bürgerversammlung und lautstarke Proteste der Bürger*innen

Am 8. März 2023 war es dann soweit: Die neuen, überarbeiteten Pläne wurden uns im Gerther Schulzentrum präsentiert. Die Bürger*innen fühlten sich getäuscht.

Abbildungen 14 u. 15 Bei der Bürgerversammlung am 8. März 2023 äußern enttäuschte Bürger, Mitglieder des Kohlengräberland-Projekts und Politiker der Bezirksvertretung ihre tiefe Enttäuschung über die vorgelegten neuen Pläne gegenüber den Planern und der Bochumer Stadtverwaltung (Fotos © Kohlengräberland)

Was der Kartenausschnitt im Einladungsflyer schon andeutete, wurde auf den Gesamtplänen nun deutlich: Die neuen Entwürfe der Architekturbüros *Pesch & Part*ner und *Landschaft planen und bauen* hatten mit den beschlossenen RMP.SL-Plänen aus Dezember 2021 in vielen Bereichen nichts mehr gemeinsam. Viele Bürger, aber auch Politiker aus dem Bochumer Norden und Mitglieder des *Beteiligungsgremiums* äußerten, dass ihr Vertrauen in die Stadtverwaltung schwer erschüttert worden sei:

Wiesen und Felder im Bereich Am Hillerberg. Dort soll gebaut werden. HANS BLOSSEY/FFS

Wohnbauprojekt birgt Zündstoff

Am Hillerberg in Gerthe sollen 435 Wohneinheiten entstehen. Anwohner haben jedoch Bedenken

Jennifer Ganster

Gerthe. Der Saal ist rappelvoll, als am Mittwoch der Bebauungsplan der Hiltroper Landwehr in der Anne-Frank-Realschule in Gerthe vorgestellt wird. Und das nicht ohne Grund: Der Plan polarisiert.

Die Stadt Bochum will in dem Gebiet zwischen Sodinger Straße, Am Hillerweg, Gerther Dahl und der Castroper Heide das neue Wohngebiet „Wohnen am Hillerberg" errichten.

Bei der Bürgerversammlung gibt es viel Kritik, aber auch Lob

Es soll 435 neue Wohneinheiten beherbergen, viel Grün soll es geben. Der Prozess läuft nun schon seit einigen Jahren, bald könnten die Bebauungspläne dann auch in einer ganz offiziellen Phase ausgelegt werden. Das öffentliche Interesse ist hoch, vorherige Veranstaltungen waren selbst während der Pandemie gut besucht.

Das Projekt ist gleich in zwei Hinsichten besonders: Einerseits sticht es durch seine Größe heraus, andererseits hat die Stadt die Bürgerinnen und Bürger weit über die gesetzlichen Vorgaben am Prozess beteiligt. „Das ist ein großes, wichtiges Projekt, das nicht mit anderen Projekten der Stadt zu vergleichen ist", erklärt Kerstin Sindram. Sie arbeitet beim Amt für Stadtplanung und Wohnen der Stadt Bochum und stellt an diesem Abend das Planungsverfahren vor. Gleich zweimal muss sie noch vor der eigentlichen Diskussionsrunde erklären, an welchen Stellen des Prozesses mögliche Bedenken der Stadt mitgeteilt werden können. Denn, so mahnt der Moderator Thomas Scholle: „Die Pläne sehen unglaublich fertig aus, sind aber nur ein Entwurf, eine Diskussionsbasis."

Das scheinen nicht alle im Saal zu glauben, immer wieder werden Rednerinnen und Redner unterbrochen, es wird viel diskutiert.

Fest steht: Noch bis zum 11. April können Bürgerinnen und Bürger zu den Plänen Stellung nehmen und auch danach wird es noch die Möglichkeit geben, sich am Prozess zu beteiligen. Noch immer befindet sich das Projekt in der Phase der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der offizielle Teil des Beteiligungsverfahrens hat noch gar nicht begonnen.

Luise Schauer (22) ist Teil des Teams eines beteiligten Stadtplanungsbüros, das die Anwesenden an den im Saal bereitgestellten Informationstafeln begrüßt. Sie identifiziert mehrere Hauptsorgen der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören neben Verkehr und Ruhestörung vor allem die Themen der Geschossigkeit und des Platzes: „Viele machen sich Sorgen, dass die Häuser zu hoch oder die Abstände zwischen den Gebäuden zu eng werden." Es sind vier-, teilweise fünfstöckige Wohnhäuser geplant.

Später wird jemand genau aus diesem Grund das Wohngebiet als „Ghetto" bezeichnen. Sindram findet die Zweifel an der Geschossigkeit zwar berechtigt, sagt aber: „Es ist ein Fehlschluss zu glauben, dass keine Qualität mit Höhe und Dichte erreicht werden kann."

Ein anderes Thema, das für Aufregung sorgt: Das Gerther Krankenhaus. Eine Gruppe der Anwohnenden hat Antrag auf Denkmalschutz gestellt, Teile des Gebäudes sind aber auf den Plänen verschwunden. Von Seiten der Stadt werden Pläne zur Bebauung des Geländes bestritten, aus dem Publikum wird um „Ehrlichkeit" gebeten. Tatsache ist: Das Krankenhaus ist zurzeit in Privatbesitz.

Mehr Kompromissbereitschaft gewünscht

Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt (69) ist Teil des Netzwerks für Bürgernahe Stadtentwicklung und seit über vier Jahren am Prozess beteiligt. Er weiß um das Dilemma: Neuer Wohnraum wird benötigt, aber der Preis ist hoch, für Klima und Anwohner. Von der Stadt wünscht er sich mehr Kompromissbereitschaft. Zum Ende der Veranstaltung wird klar, dass es noch keinen Konsens gibt. Einige Anwesende sehen das Vertrauen in die Stadt erschüttert. „Unser Netzwerk fordert weitere Diskussionsveranstaltungen" sagt er.

Kerstin Sindram resümiert: „Man kann es nicht allen recht machen, trotzdem wollen wir einen guten Plan entwickeln."

Abbildung 16 WAZ Bochum vom 10. März 2023 zur Bürgerversammlung in Bochum-Gerthe

8. März bis 11. April – 1. Phase der Bürgerbeteiligung
Gelegenheit zur Stellungnahme der Bürger*innen zu den neuen Plänen

Am 8. März 2023 begann die erste Phase des neuen „Bürger-Beteiligungsverfahrens“. Man gab den Bürger*innen gerade einmal 4 Wochen Zeit, um ihre Stellungnahmen zu schreiben. Man bedenke, dass die Einspruchsfrist zufällig in den Osterferien lag.

Wir Schüler*innen diskutierten die neuen Planentwürfe im Kohlengräberland-Unterricht und in der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt, sammelten die Argumente und beschlossen, unsere Kritik deutlich vorzubringen und unsere Einwände und Beschwerden schriftlich an die Stadtverwaltung und NRW URBAN zu schicken. Wir hofften wieder einmal, dass man unsere Einsprüche und Anregungen ernst nehmen und bei der Überarbeitung der Pläne berücksichtigen würde.

Eingabe 1 der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt vom 25.03.2023

Zentraler Erinnerungs- und Gedenkort für die Gerther Opfer des NS-Terrors, hier Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen der Bergbau AG Lothringen sowie Eisen- und Hüttenwerke AG auf dem ehemaligen Lager-Gelände („Kirmesplatz“)

Wir, die Mitglieder der "Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt", fordern die Schaffung eines würdigen Erinnerungs- und Gedenkortes für die Gerther Opfer des NS-Terrors, hier Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen der Bergbau AG Lothringen sowie Eisen- und Hüttenwerke AG auf dem ehemaligen Lager-Gelände (ehem. „Kirmesplatz“ / jetzt: so genanntes "Anne-Frank-Quartier")

Alle an dem bisherigen Verfahren beteiligten und beauftragten Planungsbüros (farwick & grothe, city förster, RMP.SL) wiesen zur 3. Planungswerkstatt in ihren finalen „Gerthe-West-Entwürfen“ für das südlichen Planungsgebiet (ehem. „Kirmesplatz, Castroper Hellweg 365) im Bereich des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lagers der Bergbau AG Lothringen / Eisen- und Hütten AG eine landschaftliche Gestaltung aus, die nun rücksichtslos zunichte gemacht wurde.
Es war beabsichtigt, auf dieser Fläche ein Entrée zum Hiltroper Volkspark zu schaffen und dort einen zentralen und würdigen Informations-, Erinnerungs- und Gedenkort zu gestalten, der den vielen hundert Opfern des NS-Terrorsystem „vor Ort“ würdig und angemessen ist.
Zwar wird die archäologische Begleitung der Gründungs- und Baumaßnahmen sowie der Erhalt der ehemaligen Zaunpfähle des Lagergeländes in der Kurzbegründung am Rande angesprochen, scheinbar wird der „Kitschbude“ hier jedoch mehr Bedeutung beigemessen als dem historischen Ort des lokalen NS-Terrors.
Die nun vorgelegten, neuen Entwürfe sind ein Schlag ins Gesicht der Bochumer Gedenkkultur sowie unserer bisherigen gehaltvollen Zusammenarbeit, aber gerade auch Ihren Umgang mit dem Erinnern an den NS-Terror in Gerthe.

Es stellt sich vielen Bürger*innen hier nun die Frage, ob die nun beauftragten Planungsbüros hinsichtlich der historischen Bedeutsamkeit des „Kirmesplatzes“ von Seiten der verantwortlichen Planungs- und Verwaltungsinstanzen sowie der politischen Gremien mangelhaft, falsch oder gar nicht informiert wurden oder ob die historische Verantwortung gegenüber der NS-

Vergangenheit einer bloßen wirtschaftlichen Inwertsetzung des ehemaligen NS-Unrechtsortes zur vermarktungsfähigen Siedlungsfläche Vorrang hat.

Wir, die Mitglieder der „Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt“ verweisen auf die umfangreichen Hintergrundinformationen der Denkmalwertbegründung zum Bodendenkmal „Lager Heinrichstraße“ sowie auf die Protokolle der Anträge und Beratungen der Bezirksvertretung Bochum-Nord der letzten Jahre zu diesem Thema. Lesen bildet.

Wir, die Mitglieder der „Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt“ beantragen die Schaffung eines zentralen sowie in Größe und Lage angemessenen Gedenk-, und Erinnerungsortes auf dem ehemaligen Lagergelände, um für die Gerther Opfer von Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft ein würdiges Gedenken zu ermöglichen. Die Umwidmung der Fläche von einem "Entrée zum Hiltroper Volkspark" zur verdichteten, mehrgeschossigen Siedlungsfläche lehnen wir ab.

Ulrich Kind,
Projektleiter für sie Schüler*innen der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt

Eingabe 2 der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt vom 25.03.2023

Umbenennung des „Anne-Frank-Quartiers“ in „Sonja-Oliver-Quartier“

Am 16.11.2020 beantragten die Mitglieder der „Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt Unterm Förderturm der Zeche Lothringen“ beim Bochumer Oberbürgermeister gem. § 24 GO NRW die Umbenennung des ehemaligen Zwangsarbeiter*innen und Kriegsgefangenen-Lagers (Lager Heinrichstraße / „Kirmesplatz“ in „Sonja-Oliver-Platz“ (alternativ: Leon-Lewandowski-Platz), um durch die Namensgebung symbolisch an eine/n der vielen hundert Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen, die auf diesem Gelände als Opfer des lokalen NS-Terrors getötet wurden, zukünftig zu gedenken und an diesen Unrechtsort zu erinnern .

In der Sitzung der für die Namensgebung zuständigen Bezirksvertretung Bochum-Nord am 09.06.2021 sowie am 24.06.2021 vor dem Ausschuss für Planung und Grundstücke der Stadt Bochum wurden die Recherchen und die Dokumentation durch das Schülerprojekt Kohlengräberland von allen Beteiligten sowie den Vertreter*innen der Ratsfraktionen ausdrücklich gewürdigt und es wurde entschieden, diesen Vorschlag zur Umbenennung bei den weiteren Planungen für das Bauvorhaben „Gerthe West“ (jetzt „Wohnen am Hillerberg“) zu berücksichtigen.
Der Antrag sowie die entsprechenden Protokolle sind im Ratsinformationssystem (RIS) der Stadt Bochum zwar für jedermann einsehbar, die Ergebnisse dieses Vorgangs scheinen den nun mit den Planungen für das Bauvorhaben betrauten Planungsbüros jedoch entweder nicht bekannt zu sein oder sie werden von allen am Prozess Beteiligten völlig ignoriert.
Schade, dass – wie im Fall des „weggeplanten“ zentralen Gedenkortes auf dem Lagergelände auch - das bürgerschaftliche Engagement des Kohlengräberland-Projekts sowie unsere jahrelange Zusammenarbeit mit NRW URBAN, Plan-Lokal, der Stadtverwaltung und den politischen Gremien so diskreditiert wird.

Viel schlimmer noch:
Die nun erfolgte Bezeichnung „Anne-Frank-Quartier“ für den südlichen Planbereich (Bebauung auf dem Lagergelände) ist falsch, irreführend und hat keinerlei Bezug zum historischen Unrechtsort. In dem ehemaligen Lager der Bergbau AG Lothringen wurden keine Menschen jüdischen Glaubens gefangengehalten, sondern Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen aus den durch die Wehrmacht besetzten Ländern. So auch die minderjährige Sonja Oliver.
Anne Frank wurde im Konzentrations- und Vernichtungslager Bergen-Belsen und nicht in Bochum-Gerthe umgebracht, das sollte man wissen. Nach ihr wurde bereits die ortsansässige Realschule benannt.
Da wir den Vorschlag zur Benennung der geplanten Wohnsiedlung als „Anne-Frank-Quartier“ hinsichtlich der Geschichte dieses Ortes für völlig unangebracht, ja geradezu verfehlt halten, schlagen wir vor, diesen Bereich in „Sonja-Oliver-Quartier“umzubenennen, um einerseits dieser minderjährigen Zwangsarbeiterin zu gedenken, die als eines der letzten Opfer in diesem Lager starb und sich andererseits nicht noch dem Vorwurf der Geschichtsklitterung auszusetzen.
So könnten die Verantwortlichen der Planungs- und Entscheidungsinstanzen auch einen kleinen, längst überfälligen Beitrag zur lokalen Erinnerungs- und Gedenkkultur im Bochumer Norden leisten.

Ulrich Kind,
Projektleiter für sie Schüler*innen der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt

Besonders beeindruckt hat uns Kohlengräber, dass auch Maria Jurus, die Tochter von Wladyslaw Knapik, einem ehemaligen Zwangsarbeiter der Zeche Lothringen, eine Eingabe aus Sydney in Australien an die Stadt Bochum schickte.

Von: Maria Jurus <maria.jurus@gmail.com>
Gesendet: Dienstag, 11. April 2023 06:49
An: Info <Info@bochum.de>
Betreff: [EXTERN] Umbenennung des "Anne Frank Viertels" in "Sonja Oliver Viertel".

ACHTUNG: Diese E-Mail stammt von einem externen Absender.

An alle, die es betrifft,
Sehr geehrte Herren/Frauen,

Hinsichtlich der Umbenennung des "Anne Frank Viertels" in "Sonja Oliver Viertel".

Ich, Maria Jurus, die Tochter von Wladyslaw Knapik, einem ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter der Zeche Lothringen, beantrage, das Gelände des ehemaligen Arbeitslagers an der Heinrichstraße nicht "Anne-Frank-Quartier", sondern "Sonja-Oliver-Quartier" oder "Leon-Lewandowski-Quartier" zu benennen, um an die unzähligen Opfer der Zwangsarbeit an diesem Ort zu erinnern und diesen Opfern des nationalsozialistischen Terrors in Bochum-Gerthe ein würdiges Gedenken zu bewahren.

Über eine positive Antwort würde ich mich sehr freuen,

Mit freundlichen Grüße,
Maria Jurus.

---------- Forwarded message ---------
From: **Gierth@bochum.de** <Gierth@bochum.de>
Date: Thu, Apr 13, 2023 at 6:32 PM
Subject: Umbenennung des "Anne Frank Viertels" in "Sonja Oliver Viertel".
To: Maria Jurus <maria.jurus@gmail.com>

Sehr geehrte Frau Jurus,

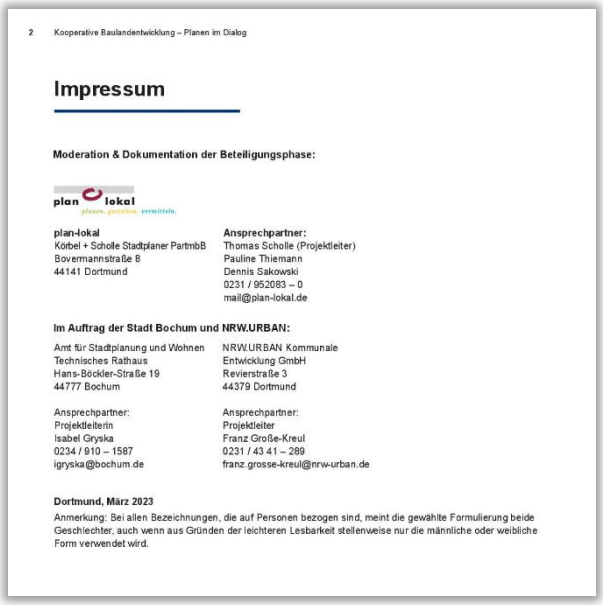
Ihren Vorschlag leite ich weiter an die Bezirksvertretung Bochum-Nord, die in diesem Bereich zuständig für Benennungen im Bezirk ist. Alleine die politischen Gremien entscheiden in den Fragen einer Be- oder Umbenennung laut Hauptsatzung der Stadt Bochum. Inwieweit die politischen Gremien Ihren Vorschlag aufnehmen, kann ich nicht sagen. Sicherlich ist es auch hilfreich, wenn sie direkten Kontakt zu Vertreter*Innen in der Bezirksvertretung Bochum-Nord mit diesem Vorschlag aufnehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Helge Gierth

Stadt Bochum
Amt für Geoinformation, Liegenschaften und Kataster
- Geoinformation und Vermessung -
44777 Bochum
Tel.: (0234) 910-3835
E-Mail:gierth@Bochum.de

Ende März 2023 - Dokumentation zur Bürgerversammlung am März

Bereits Ende März 2023, also schon 11 Tage vor Ablauf der Frist für Eingaben aus der Bürgerschaft, wurden die Ergebnisse der Bürgerversammlung am 8. veröffentlicht.



2 Kooperative Baulandentwicklung – Planen im Dialog

Impressum

Moderation & Dokumentation der Beteiligungsphase:

plan lokal
planen. gestalten. vermitteln.

plan-lokal
Körbel + Scholle Stadtplaner PartmbB
Bovermannstraße 8
44141 Dortmund

Ansprechpartner:
Thomas Scholle (Projektleiter)
Pauline Thiemann
Dennis Sakowski
0231 / 952083 – 0
mail@plan-lokal.de

Im Auftrag der Stadt Bochum und NRW.URBAN:

Amt für Stadtplanung und Wohnen
Technisches Rathaus
Hans-Böckler-Straße 19
44777 Bochum

Ansprechpartner:
Projektleiterin
Isabel Gryska
0234 / 910 – 1587
igryska@bochum.de

NRW.URBAN Kommunale
Entwicklung GmbH
Revierstraße 3
44379 Dortmund

Ansprechpartner:
Projektleiter
Franz Große-Kreul
0231 / 43 41 – 289
franz.grosse-kreul@nrw-urban.de

Dortmund, März 2023

Anmerkung: Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit stellenweise nur die männliche oder weibliche Form verwendet wird.

Abbildung 16 / 17 Titelblatt der Dokumentation der Stadt Bochum zur 1. Bürgerbeteiligung (Foto © Stadt Bochum März/ April 2023)

tiersgarage sorgt für die Unterbringung des ruhenden Verkehrs. Die Wohnbauentwicklung wird im weiteren Verlauf mit der Kirche und der Krankenhausverwaltung abgestimmt.

Fuß- und Radwege sowie ein kleiner Platz verknüpfen die Wohngebäude mit dem Grünraum zwischen Gerther Heide und Hiltroper Landwehr. Dieser Grünraum mit wertvollem Baumbestand soll erhalten bleiben und wird in drei Funktionsbereiche gegliedert, welche sich nach ihrer Nutzungsintensität unterscheiden. Der nördliche Abschnitt, angrenzend an die Hiltroper Landwehr bleibt als extensive Waldfläche bestehen. Allenfalls wird der Bereich über Waldpfade schonend zugänglich gemacht. Die Fläche soll möglichst naturbelassen bleiben.

Südlich daran angrenzend befindet sich die „Wildnis für Kinder", welche lediglich durch landschaftsgärtnerische Maßnahmen strukturiert wird. Im südlichen Teil des Grünraums entsteht ein Waldspielplatz, welcher Umweltbildung und freies Spiel verknüpft. Entlang dieses zusammenhängenden Grünraums führt der verbindende Fuß- und Radweg und integriert kleinere Aufenthaltsbereiche zum Verweilen im Grün.

Anne-Frank-Quartier am Castroper Hellweg

Im Übergang zwischen der sogenannten „Kitschbude" und dem Volkspark Hiltrop wird die Grünfläche mit wertvollem Baumbestand erhalten und ergänzt. Über einen Auftaktplatz am Castroper Hellweg, in dessen Nähe sich zukünftig eine Mobilitätsstation mit Sharing-Angeboten befinden soll, werden wichtige Wegeverbindungen, auch Schulwegeverbindungen, in die sich anschließenden Wohnquartiere und öffentlichen Freiflächen sichergestellt. Weitgehend autofreie Wohnwege erschließen die kompakte Anlage.

Der ruhende Verkehr wird in einer Quartiersgarage und / oder in Tiefgaragen untergebracht. Die Tiefgarage muss unter Berücksichtigung der Überflutungsgefahr bei Starkregenereignissen im weiteren Planungsprozess geprüft werden. Aufgrund der topografischen Tieflage sind darüber hinaus unterirdische Niederschlagswasserbehandlungs- und -rückhalteanlagen in den Freiflächen des „Anne-Frank-Parks" vorzusehen.

Berücksichtigt wird der Erhalt der westlich angrenzenden Garagenhöfe im Gerther Dahl. Die Hochdruckleitung zur örtlichen Versorgung mit Gas muss für eine sinnvolle bauliche Nutzung des Grundstücks verlegt werden. Die Gasdruckreglerlage selbst kann am Gerther Dahl bestehen bleiben. Die Bebauung hält respektvollen Abstand zu den Relikten des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagers an der Dreihügelstraße.

Abbildung 18 Seite 15 der Dokumentation der Stadt Bochum zur 1. Bürgerbeteiligung mit Hinweis auf das Lagergelände (Foto © Stadt Bochum März/ April 2023)

gangenen Rahmenplanung durch die Bürgerinnen und Bürger kritisch diskutiert. Es wird u. a. bemängelt, dass die Dichte und Einbindung in die Umgebung in den Vorentwürfen zu wenig Berücksichtigung finden würde und auch dem Erinnerungs- und Gedenkort zu wenig Raum gegeben wird. Es besteht die Sorge, dass eine zu hohe und dichte Bebauung in Verbindung mit wenig Grünflächen auch zu sozialen Problemen im neuen Quartier führen könnte.

Städtebau & Erschließung

Zwei weitere Marktstände beschäftigten sich mit dem Thema des Städtebaus und der dazugehörigen Erschließung. Die beiden Marktstände hierzu wurden einerseits von Frau Schauer (Pesch Partner Architektur Stadtplanung GmbH) sowie Herrn Sakowski (plan-lokal) und anderseits von Frau Gryska (Projektentwicklung, Stadt Bochum), Herrn Gayk (Pesch Partner Architekten Stadtplaner GmbH) sowie Frau Thiemann (plan-lokal) betreut.

Großer Diskussionsbedarf seitens der Bürgerinnen und Bürger bestand gegenüber der teilweise erhöhten Geschosszahlen und der erhöhten Anzahl an Wohneinheiten. So wurde die Forderung nach einer Geschossigkeit formuliert, welche sich an den umliegenden Gebäuden orientiere und eine Beschattung im mittleren Teilbereich nahe der neuen Pflegeschule sowie die Einbettung der Kitschbude im südlichen Teilbereich beachte.

Auch wurde der Wunsch nach einer Mischung der angestrebten Wohnformen und -angebote innerhalb der einzelnen Wohngebäude geäußert. Ebenfalls würden die Bürgerinnen und Bürger neue Impulse beispielswiese in Form von genossenschaftlichem oder betreutem Wohnen begrüßen.

Ein weiterer Diskussionspunkt sind die städtebaulichen Kennzahlen, welche sich gegenüber der Rahmenplanung verändert haben. In dem Vorentwurf konnte durch eine höhere Geschossigkeit eine Reduzierung der Nettobaulandfläche von 4,7 auf 4,2 Hektar bei gleichzeitiger Erhöhung der Wohneinheiten erreicht werden.

Die Teilnehmenden betonen, dass der Abriss des katholischen Maria-Hilf-Krankenhauses einen Verlust identitätsstiftender Bausubstanz bedeuten würde. Frau Möller (Stadt Bochum, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Wohnen) erklärt, dass die Stadt Bochum nicht Eigentümerin des Gebäudes sei und dem Eigentümer einen Abriss nicht ohne gesetzliche Grundlage verbieten könne. Das Gebäude stehe nicht unter Denkmalschutz. Derzeit prüfe die Stadtverwaltung eine Bürgeranregung, ob das Gebäude aufgrund seiner funktionalen Historie unter Denkmalschutz zu stellen ist.

Die Teilnehmenden formulieren den Wunsch nach weitergehenden qualitativen Vorgaben, z.B. das Festlegen von Grundstücken

Abbildung 19 Seite 18 der Dokumentation der Stadt Bochum zur 1. Bürgerbeteiligung mit Hinweis auf deinen Gedenkort auf dem Lagergelände (Foto © Stadt Bochum März/ April 2023)

15. Mai 2023 - Gespräch mit Politikern der Bezirksvertretung Bochum-Nord

Bei einem gemeinsamen Treffer von Vertreter*innen unseres *Kohlengräberland-Projekts* mit den Bürgerinitiativen *„Pro Gerthe e.V.“* und *„Gerthe West – So nicht“* im Gerther Amtshaus regten wir an, dass es nun an der Zeit wäre, uns einmal Politikern verschiedener Parteien der Bezirksvertretung, also mit „unseren gewählten Volksvertreter*innen“ persönlich zu treffen, um unsere Positionen einmal persönlich auszutauschen und um vorzuschlagen, zukünftig vielleicht sogar gemeinsam für den Bochumer Norden zu kämpfen.

Auch die Stadtverwaltung hatte von unserer Einladung an die Gerther Politiker erfahren und man uns „zufällig“ genau zu dem gleichen Termin dann zu einem weiteren „Runden Tisch“ mit der Stadtverwaltung und NRW URBAN ins Rathaus ein.
Übrigens: Auf die Nachfrage des Bezirksbürgermeisters wurde ihm mitgeteilt, dass die Politiker an diesem Gespräch nicht teilnehmen sollten. Sie wurden also ausdrücklich ausgeladen.
Als wir dies erfuhren, teilten wir der Stadtverwaltung mit, dass wir kein Interesse an einem solchen Treffen hätten und uns – genau an diesem Tag - gemeinsam mit den Bürgerinitiativen und den Politikern aus dem Bochumer Norden treffen würden.

Politiker aller Parteien in der Bezirksvertretung Bochum-Nord waren unserer Einladung gefolgt und so trafen wir *Kohlengräber* uns mit am 15. Mai 2023 mit Vertreter*innen der Bürgerinitiativen und den gewählten Vertretern von SPD, Die GRÜNEN, CDU, FDP und DIE LINKE im Gerther Amtshaus.
Von Beginn an das unser Gespräch zwischen allen Beteiligten offen und ehrlich, wir tauschten unsere Positionen aus und stellten bald fest, dass wir bei unserer Kritik an dem Bauvorhaben gar nicht so weit auseinanderliegen.
Verwundert waren wir Bürgervertreter*innen jedoch, als wir im Gespräch feststellen mussten, dass wir zum Teil über Informationen verfügen, die den Politikern von der Stadt Bochum und NRW URBAN zum Teil gar nicht gegeben worden waren.
Man stelle sich vor, dass unsere gewählten politischen Vertreter seit Beginn der Planungen im Jahr 2018 nicht ein einziges Mal zu einem „Runden Tisch“ mit der Bochumer Stadtverwaltung und NRW URBAN eingeladen worden waren.
Wir tauschten schließlich unsere Kontaktadressen aus und vereinbarten, unsere Informationen zukünftig gegenseitig auszutauschen.

23. Mai 2023 Gemeinsamer Antrag der Parteien

Angeregt durch unseren Gedankenaustausch vereinbarten die Fraktionsvorsitzenden von SPD, GRÜNEN und CDU einen gemeinsamen Antrag an den Bezirksbürgermeister und die Stadtverwaltung Bochum zu verfassen, in dem auch unsere Anliegen zum Gedenkort große Beachtung fanden.
Unglaublich: Viel zu spät, also erst nach 4 Monaten, am 19. September 2023, erhielten der Bezirksbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden eine Antwort von der Stadtverwaltung auf ihre gemeinsame Anfrage vom 23. Mai 2023, sodass diese erst in der Sitzung der Bezirksvertretung am 17.10.2023 informiert werden konnten.
Unsere gewählten politischen Vertreter wurden von der Stadtverwaltung also fast fünf Monate lang nicht darüber informiert, was im Stadtbezirk ihrer Bürger geschieht.

SPD Bezirksfraktion Bochum-Nord | BOCHUM DIE GRÜNEN IM NORDEN | CDU

Anfrage zur 23. Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord am 23. Mai 2023

Planentwurf für das Wohnprojekt „Wohnen am Hillerberg" in Bochum-Gerthe

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Donner,
Sehr geehrte Damen und Herren,

den Bürgerinnen und Bürgern wurde ein Planentwurf für das Wohnprojekt „Wohnen auf dem Hillerberg" in Bochum-Gerthe vorgestellt, welches aus Sicht der drei Fraktionen von SPD, Grüne und CDU in der Bezirksvertretung Nord in einigen Punkten deutlich vom beschlossenen Rahmenplan des Büros RMPSL.LA abweicht.

Aus diesem Grund fragen die drei Fraktionen gemeinsam an:

1. Wann wird die Bezirksvertretung Bochum-Nord über den Planentwurf informiert und in den politischen Beratungsprozess einbezogen?

2. Warum weicht der Plan so umfassend von den gemeinsamen Beschlüssen der Bezirksvertretung Bochum-Nord und mehrerer Ausschüsse des Rates der Stadt Bochum ab, die auf den Empfehlungen des Begleitgremiums basieren?

3. Insbesondere möchten die drei Bezirksfraktionen um die Beantwortung der Frage bitten, ob wenn Ja wie die neue Planung Veränderungen gegenüber den o.g. Beschlüssen in diesen Punkten bedingen:

1. Nettoneuversiegelung
2. Energiekonzept
3. Wirtschaftlichkeit
4. Verkehr
5. Denkmalschutz

4. Weiterhin wird um eine Stellungnahme zu folgenden Bedenken / Hinweisen gebeten:

1. Die zu dichte und zu hohe Bebauung (bis zu 5 Geschossen) auf dem ehem. Kirmesplatz und auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers sollte zu Gunsten einer aufgelockerten und niedrigeren Bebauung, die sich der Umgebung anpasst, abgeändert werden.

2. In der Mitte des neu entstehenden Quartiers soll ein parkähnlicher Platz als Verweilort entstehen, der einen würdigen Raum für das Bodendenkmal als Erinnerungsort an das ehemalige Zwangsarbeiterlagers und seiner Opfer an dieser Stelle bildet.

3. Die Benennung „Anne-Frank-Quartier" soll zu Gunsten einer Bezeichnung mit historisch-räumlichem Bezugs zum ehemaligen Zwangsarbeiterlager in Hiltrop/Gerthe geändert werden. Die geplante Bezeichnung des Quartiers an dieser Stelle wird dem Schicksal Anne Franks und der Opfer des NS-Regimes 1933 bis 1945 nicht gerecht.

KOHLENGRÄBERLAND
GESCHICHTSWERKSTATT UNTERM FÖRDERTURM

4. Die Fassade der geplanten Quartiersgarage zum Castroper Hellweg ist durch Fassadenbegrünung und hochwertige Verkleidung (Festsetzungen im B-Plan) so zu gestalten, dass in Verbindung mit dem gegenüberliegenden Neubau des Schulzentrums Nord eine ansprechende „Eingangstor-Situation" für Gerthe entsteht.

5. Der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn 308 / 318 zwischen Gerthe – Mitte und Cöppencastrop, die Überplanung des Castroper Hellweges und die Errichtung eines durchgehenden Fuß- und Radweges durch das Plangebiet sind wichtige Pfeiler für die Erschließung von „Wohnen am Hillerberg". Daher wird eine Umsetzung im Plangebiet weiterhin empfohlen.

gez. Ulrike Gerhard
stellv. Fraktionsvorsitzende - SPD-Fraktion in der BV Nord

gez. Christian Schnaubelt
stellv. Fraktionsvorsitzender - GRÜNE-Fraktion in der BV Nord

gez. Andreas Konze
Fraktionsvorsitzender – CDU-Fraktion in der BV Nord

20. Juni 2023 – 2. „Runder Tisch" im Technischen Rathaus der Stadt Bochum

Auch wir „Kohlengräber" nahmen am „2. Runden Tisch" mit Vertreter*innen der Bürgerinitiativen, des Kohlengräberland-Projekts sowie der Stadtverwaltung Bochum und NRW URBAN im Technischen Rathaus teil.
Wir brachten unsere Einwände zur geplanten Bebauung des Lagergeländes ohne Berücksichtigung eines zentralen Gedenkortes für die Opfer von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit der Zeche Lothringen hier erneut vor.
Bei dieser Sitzung äußerten wir – als Initiatoren des Denkmalschutz-Antrages für das Gerther St. Maria-Hilf-Krankenhaus – auch sehr deutlich unsere Kritik an dem Vorhaben, dieses historische Gebäude abzureißen.

Übrigens: Auch bei dieser Sitzung wurden wir wieder einmal darauf hingewiesen, dass diese „vertrauliche" Besprechung der Geheimhaltung unterliegen würde und nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollte.
Die „Kohlengräber" haben nach ihrer 5-jährigen Teilnahme und aktiven Mitarbeit daraufhin beschlossen, zukünftig nicht mehr an solchen internen Gesprächen mit der Stadtverwaltung und NRW URBAN teilzunehmen.

23. Juni 2023 – 2. Sitzung des Begleit- und Empfehlungsgremiums

Am 2. Juni 2023 fand die zweite und letzte Sitzung des *Begleit- und Empfehlungsgremiums* im Rahmen des Bürgerbeteiligungsverfahrens statt.
Sowohl die Vertreterin der Bürgerinitiativen als auch der Vertreter der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Bochum-Nord mahnten bei dieser Sitzung die Beplanung des ehemaligen Lagergeländes an und kritisierten, dass in dem aktuellen 2. Entwurf eine

Überbauung der schützenswerten, noch erhalten gebliebenen Relikte, nämlich die originalen Zaupfähle des Lagers durch ein Wohnhaus überbaut werden sollen.
Auch der Wegfall des zentralen Gedenkortes, stattdessen ein „Gedenkpfad“ außerhalb der Neubausiedlung, wurde stark kritisiert.

Abbildung 20 Sitzung des Begleit- und Empfehlungsgremiums am 23.06.2023 (Foto: Stadt Bochum)

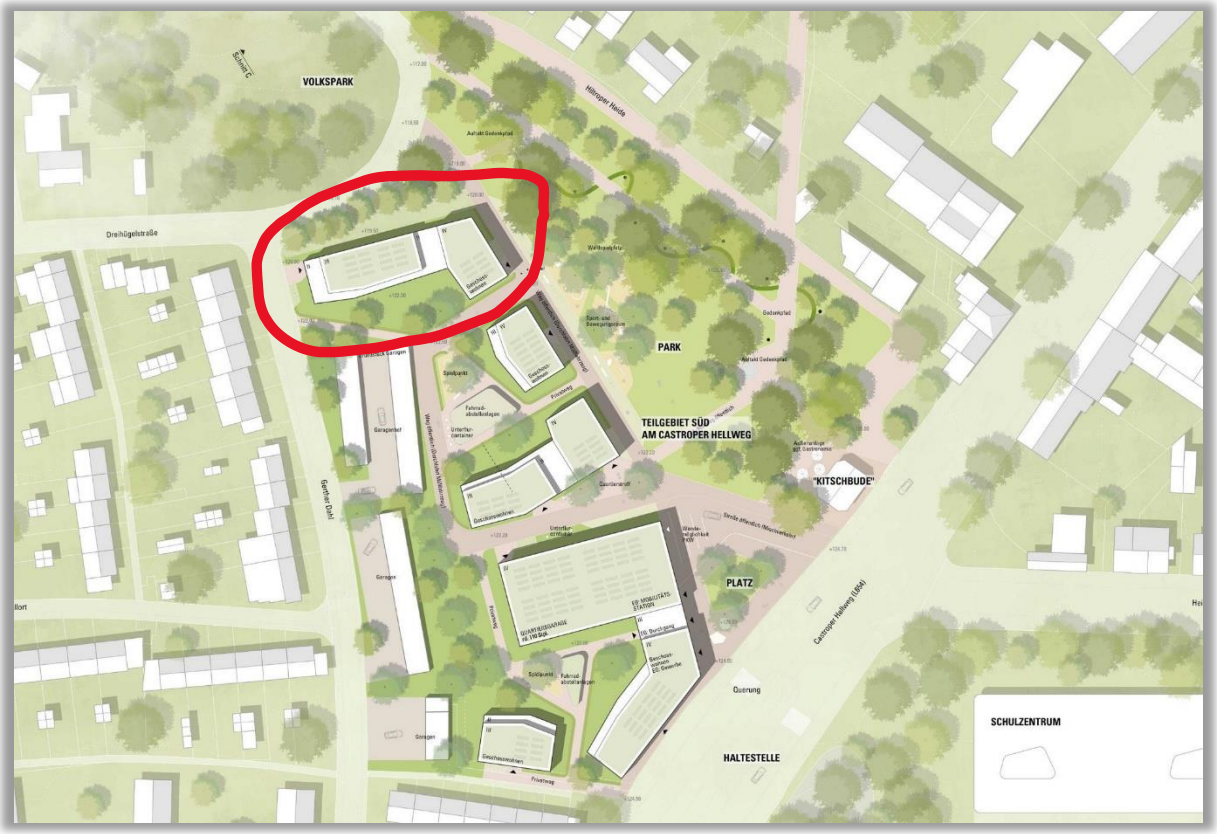


Abbildung 21 2. Entwurfsplan für den Bereich des ehemaligen Lagergeländes ohne zentralen Gedenkort (Plangrafik: Landschaft planen + bauen NRW GmbH; Pesch Partner Architekten

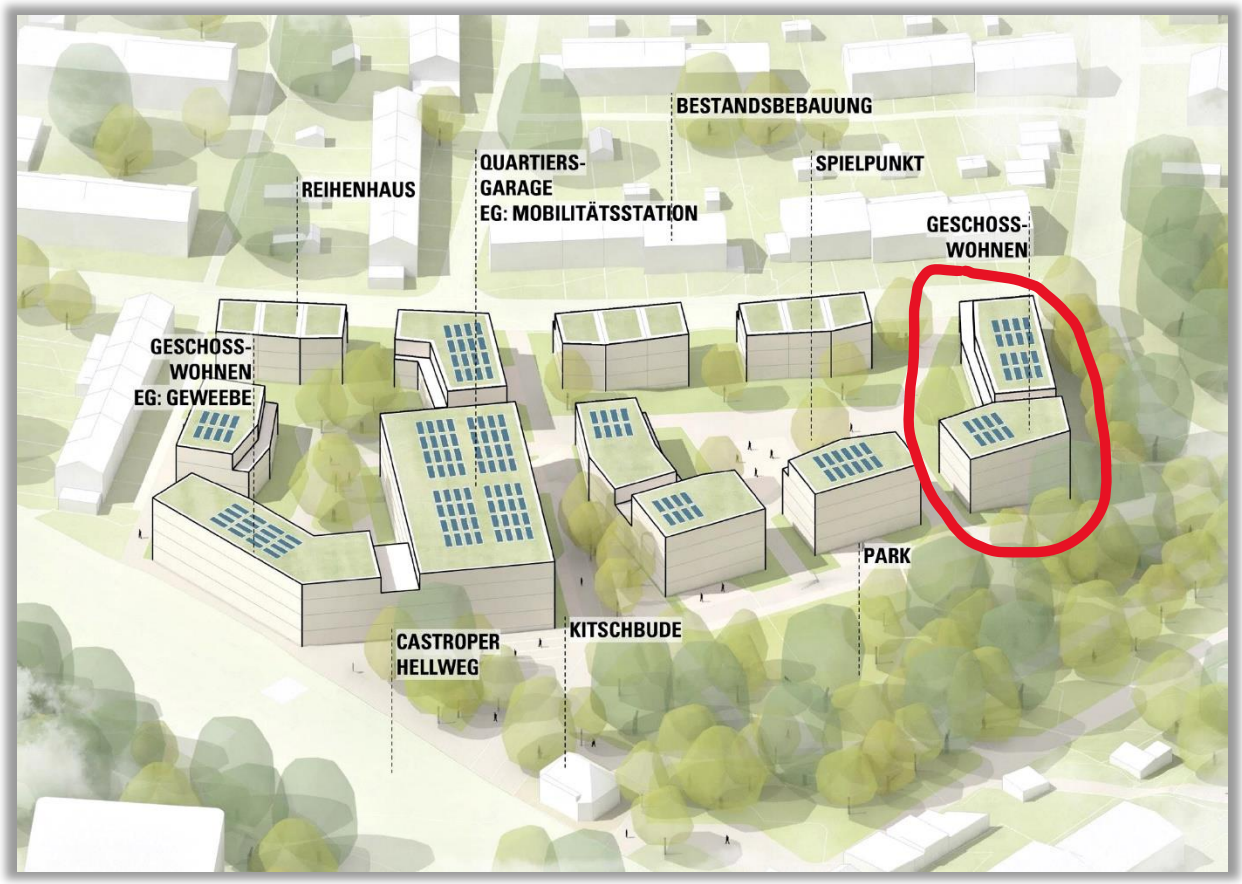


Abbildung 22 Perspektive des Teilbereichs Süd mit überbauten Lagerrelikten (Plangrafik: Landschaft planen + bauen NRW GmbH; Pesch Partner Architekten Stadtplanung GmbH, Stadt Bochum)

Abbildung 23 / 24 Zaunpfähle des ehem. Zwangsarbeiterlagers Heinrichstraße Foto © Kohlengräberland)

Auf Seite 20 der dann im Juli 2023 erschienenen Dokumentation *„Kooperative Baulandentwicklung – Planen im Dialog“* war von der deutlichen Kritik der Bürgervertreter*innen im Begleit- und Empfehlungsgremium nichts zu lesen.
Stattdessen wurde lediglich der Einwand eines Planers aufgegriffen, der die Erhaltung der 1942 mit Teerfarbe imprägnierten Lager-Zaunpfähle in Frage stellte, da von ihnen eine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung ausgehen könne:

*„Im Kontext des ehem. Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagers wird die für den Gedenkort vorgeschlagene Materialität von karbonisiertem Holz als kritisch angesehen. Zur Gestaltung des Gedenkortes wird die Einbindung von Künstler*innen bspw. mittels eines Künstler*innenwettbewerbs empfohlen“.*

Abbildung 25 Broschüre „Kooperative Baulandentwicklung – Planen im Dialog“, (Stadt Bochum, Juli 2023)

Im Gegensatz zu den weniger kritischen Stimmen in dem Begleitgremium hatten sich engagierte Bürger nach der Bürgerversammlung am 8. März 2023 zur Gestaltung des Lagergeländes viel unmissverständlicher geäußert.
Auf Seite 32 der Broschüre wurden die wesentlichen Kritikpunkte zur Bebauung des Lagergeländes sowie der geplante Umgang damit zusammengefasst:

Hinweis / Kritikpunkt*	Planerischer Umgang**
Südliches Quartier: Erinnerungs- und Gedenkort mehr hervorheben Wunsch nach ruhigen Bereichen in den Freiräumen	Ein Gedenkort wird im südlichen Quartier vorgesehen. Die konkrete Ausgestaltung wird unter Beteiligung von weiteren Akteuren, ggf. im Rahmen eines Künstlerwettbewerbes erstellt.
Südliches Quartier: Name „Anne-Frank-Quartier“ i.V.m. Bodendenkmal des Kriegsgefangenenlagers ist unangemessen	Der Name wurde aus der Rahmenplanung von RMPSL.LA übernommen und wird nicht mehr benutzt. Die Quartiere werden zur Verständlichkeit mit ihrer Lage benannt: Nord, Mitte und Süd.
Forderung nach gemeinschaftlichen Freiräumen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene für ein soziales Miteinander und zur Vermeidung einer „Ghettobildung“	In den Quartieren sind Treffpunkte, Bewegungsräume und Naturerlebnisräume für alle Altersklassen vorgesehen. Darüber hinaus werden Spielflächen mit unterschiedlichen Schwerpunkten integriert.
Verlust des geplanten Parkentrees mit Gedenkort, der der Historie des Ortes gerecht werden soll	Das Parkentree wird nun über einen weiträumigen Platz eröffnet und führt weiter in den geplanten Park, in dem sich ein Gedenkpfad erstreckt.
Fläche innerhalb des südlichen Quartiers freihalten - Bodendenkmal	Das Bodendenkmal ist dem LWL und der Unteren Denkmalbehörde der Stadt Bochum bekannt. Dort wo Bodeneingriffe geplant sind, werden zunächst Baggersondagen durchgeführt. Ausgehend von den Ergebnissen der Sondagen wird dann über die Notwendigkeit weiterer archäologischen Maßnahmen entschieden.

*Abbildung 26 Broschüre „Kooperative Baulandentwicklung – Planen im Dialog“, S. 32 zu den Anregungen der Bürger*innen zum Lagergelände (Stadt Bochum, Juli 2023)*

31. Juli 2023 – Veröffentlichung der 2. Planentwürfe

Vom 31. Juli bis zum 11. August konnten sich die Bürger*innen die aktualisierten Planungsentwürfe im Gerther Amtshaus oder im Online-Portal der Stadt Bochum ansehen. Obwohl wir *Kohlengräber* uns - gemeinsam mit den Bürgerinitiativen – für eine zweite Bürgerversammlung mit einer öffentlichen Diskussion eingesetzt hatten, wurde dies von der Stadtverwaltung und NRW URBAN grundsätzlich abgelehnt. Schade!

Abbildung 27 Flyer zur Ausstellung des 2. Entwurfsplanung (Foto: Stadt Bochum)

Auch die letzte Einspruchsfrist von nur 12 Tagen, in denen die Bürger*innen sich – entweder vor Ort im Gerther Amtshaus oder online – mit Beschwerden und Anregungen an die Bochumer Stadtverwaltung, NRW URBAN und die zuständigen Planungsbüros wenden konnten, war unserer Meinung nach viel zu knapp bemessen, denn wir mussten uns zunächst einmal intensiv mit den neuen Plänen und den Änderungen beschäftigen, um uns dazu qualifiziert äußern zu können.

10. August 2023 - Eingaben des Kohlengräberland-Projekts zu, 2. Planentwurf

1. **Eingabe der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt zum Projekt „Wohnen am Hillerberg“:**

Bodendenkmalschutz des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter-*innen-Lagers („Kirmesplatz“) und Erhalt der historischen Relikte im südlichen Planungsbereich

In der „Kurzbegründung [zum Bebauungsplan Nr. 1026] für die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und für die frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB (Entwurf, Stand: 28.02.2023)“ des Amtes für Stadtplanung und Wohnen der Stadt Bochum wird unmissverständlich erklärt:

„Aufgrund von historischen Quellen lässt sich die Lage des ehemalige Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagers „Heinrichstraße“ eindeutig bestimmen und abgrenzen. Luftbilder der Alliierten aus dem Mai des Jahres 1945 dokumentieren die Umrisse des Lagers, sodass heute unter der Fläche mit archäologischen Funden zu rechnen ist. Das Lager ist im Sinne des Denkmalschutzgesetzes NRW bedeutend, weil es ein Zeugnis des Unterdrückungs- und Ausbeutungssystems im nationalsozialistischen Deutschland ist. Ein Denkmalwert besteht sowohl aus
geschichtlichen, als auch aus wissenschaftlichen Gründen, da weitere Erkenntnisse über das Lager nur durch archäologische Methoden zu gewinnen sind.“

1. Entwurf – März 2023
Bei der öffentlichen Präsentation des ersten Planungsentwurfes des Architekurbüros Pesch Partner im März 2023 musste festgestellt werden, dass die vormals im RMP-Abschlussenwurf vorgesehene Schaffung eines Gedenkortes ignoriert wurde und eine Überbauung der historischen Relikte des NS-Unrechtsortes vorgesehen wurde.
Die Projektverantwortlichen wurden von mehreren bürgerschaftlichen Interessengruppen sowie vom Beteiligungsgremium umgehend mündlich und schriftlich auf diesen untragbaren Planungsfehler hingewiesen und um entsprechende Änderung gebeten.

In der *Handreichung zur öffentlichen Ausstellung des städtebaulich- freiraumplanerischen (1.) Entwurfs („Kooperative Baulandentwicklung – Planen im Dialog“,* Stadt Bochum, Juli 2023) wurden diese Bedenken protokolliert und die Schaffung eines zentralen Gedenkortes, eine qualifizierte archäologische Begleitung der (Erd-)Baumaßnahmen sowie eine umfangreiche Sicherung der Relikte des Lagers festgeschrieben.

2. Entwurf – Juli 2023
Im aktuellen 2. Entwurf vom Juli 2023 wurde dann zwar erfreulicherweise ein zentraler Gedenkort eingeplant, in den Kommentaren zu den neuerlichen (2.) Entwürfen zum Projekt „Wohnen am Hillerberg“ (Pesch Partner Architekten Stadtplanung GmbH) heißt

es zum südlichen Planungsbereich bezüglich der schützens- und erhaltenswerten Relikte des ehem. Lagers jedoch nur lapidar:
„Die Bebauung hält respektvollen Abstand zu den Relikten des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagers an der Dreihügelstraße. Im weiteren Verlauf der Freiraumplanung werden gestalterische Ideen zur Erinnerung erarbeitet.“
Wieder einmal wird von dem beauftragten Planungsbüro nicht mit einer Silbe der Bodendenkmalschutz dieses bedeutenden Ortes erwähnt, auch die erforderliche qualifizierte Begleitung der Bodenbewegungen durch Archäologen findet keine Berücksichtigung.

In der begleitenden Ausstellungsbroschüre (Juli 2023) werden auch die Empfehlungen des Begleitgremiums vom 23.06.2023 zitiert. Hier heißt es:
*„Im Kontext des ehem. Kriegsgefangenen-und Zwangsarbeiterlagers wird die für den Gedenkort vorgeschlagene Materialität von karbonisiertem Holz als kritisch angesehen. Zur Gestaltung des Gedenkortes wird die Einbindung von Künstler*innen bspw. Mittels eines Künstler*innenwettbewerbs empfohlen.“*
Diese Aussage erschließt sich auch dem engagierten, informierten und bildungsbürgerlichen Interessierten nicht, da sie unbewusst (oder absichtlich?) sprachlich nur schwer verständlich, mehrdeutig und unverständlich formuliert wurde. (Aber bereits an anderer Stelle haben wir bereits auf das irreführende „Wording“ der mit der „Urbanisierung“ des Bochumer Nordens durch 4-geschossige „Stadtvillen“ betrauten Planer und Stadtverwaltung hingewiesen.)

Im Rahmen der Ausstellung des neuen Entwurfs im Gerther Amtshaus sprachen Mitbürger kürzlich die für die Erläuterung der Pläne zuständigen Mitarbeiter (evtl. Plan-Lokal?) darauf an, warum im 2. Planentwurf eine Überplanung und Bebauung Bebauung der historischen Relikte (Zaunpfähle) des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lagers vorgesehen sei. Man erklärte den Bürgern, „dass evtl. geplant sei, die Zaunpfähle auszugraben und diese in den Gedenkort hinter der „Kitschbude“ zu integrieren“. Bitte erläutern und begründen Sie uns Ihr Vorhaben und Ihre Absichten bezüglich der historischen Relikte!

Wir fordern die Vertreter der beteiligten Planungsinstanzen, der Stadtverwaltung Bochum und NRW URBAN auf, uns und der Öffentlichkeit mitzuteilen,

- ob die vorhandenen Relikte des ehemaligen Lagers (z.B. Zaunpfähle von ihrem Ursprungsort entfernt werden sollen;
- wie die historischen Relikte gesichert werden;
- ob die historischen Relikte für die Gestaltung des geplanten Erinnerungsortes verwendet werden sollen;
- wer für die Sicherung, den Verbleib und die Verwendung der Relikte persönlich verantwortlich ist.

Zu Ihrer Information:
Eine Kopie dieses Schreibens wird an die Bezirksvertretung Bochum-Nord sowie jeweils an die Untere Denkmalbehörde (Stadt Bochum) und die Obere Denkmalbehörde (LWL) weitergeleitet.

2. Eingabe der Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt zum Projekt „Wohnen am Hillerberg“:

Glaubwürdigkeit, Informationspolitik, Transparenz und die politischen Folgen

Seit dem Ratsbeschluss der Stadt Bochum Ende des Jahres 2018 zur „Rahmenplanung Gerthe West“ engagieren sich zahlreiche Bürger aktiv aus Bochum-Gerthe und -Hiltrop im Rahmen der Bürgerbeteiligung zu dem geplanten Bauprojekt seit der ersten „Schlüsselpersonen-Gespräche“, so auch die Schüler*innen des Kohlengräberland-Projekts und der „Geschichtswerkstatt Unterm Förderturm der Zeche Lothringen. Viele von diesen Bürgern engagierten sich jedoch schon konstruktiv beim Planungsprozess um das ehemalige Verwaltungsgebäude der Zeche Lothringen seit dem Jahr 2015, manche von ihnen wehrten sich schon vor mehr als 30 Jahren gegen die geplante „Westumgehung“ in Gerthe im Gebiet des heutigen Planungsgebietes „Wohnen am Hillerberg“.

Nach langem gemeinsamem Ringen wurde im Dezember 2021 vom Ausschuss für Strukturentwicklung und Planung sowie der Bezirksvertretung Bochum-Nord der von allen am Verfahren Beteiligten als Kompromiss erarbeitete Planungsentwurf des Planungsbüros RMP.SL als tragbarer Kompromiss für alle verabschiedet.

Im März 2023 wurde der Öffentlichkeit dann der erste „überarbeitete“ Entwurf vorgestellt und löste bei den Vertretern der Bürgerschaft, aber auch bei den politischen Vertretern im Bochumer Norden Entsetzen aus, denn viele der erarbeiteten Planungselemente entsprachen scheinbar nicht mehr den Vorstellungen der neuen Planer, der Stadtverwaltung und NRW URBAN. Die Steigerung der Wohnungseinheiten, die Erhöhung der Geschosszahlen oder die Umgestaltung des „Kirmesplatzes“ bis zur Unkenntlichkeit seien hier nur als Beispiel genannt.

Auf Nachfrage war von Vertretern der Stadtverwaltung und NRW URBAN zu hören, bei dem (verabschiedeten!) RMP-Entwurf habe es sich nur um eine zum Teil fehlerhafte „Entwurfsskizze“ gehandelt, die so nicht zu verwirklichen sei. „Nicht umsonst habe RMP ja nicht den Zuschlag für die neuerliche Planung bekommen.“

Auch wurde nun erstmalig von der Bedeutung der „Wirtschaftlichkeit“ gesprochen, die – nach bisherigen Beteuerungen von NRW URBAN bislang nicht im Vordergrund stand.

Auch die Einbeziehung des Geländes des St.-Maria-Hilf-Krankenhauses und konkretisierte Pläne zur zukünftigen Bebauung rund um die neu entstehende Pflegeschule sorgten für Kopfschütteln, erkannten die betroffenen Mitbürger doch nun das ungeheuere Ausmaß der zu erwartenden Umgestaltung des historischen Ensembles neben der katholischen Kirche und ihres Siedlungsbildes.
Auf wiederholte Nachfragen bei den Gesprächen „am Runden Tisch“ wurde von den Planungsbeteiligten doch bisher unermüdlich behauptet, man wisse nichts von den Plänen des Katholischen Klinikums. Merkwürdig für eine Stadtverwaltung, die doch die Baugenehmigung erteilt hat.
Hieß es im März 2023 während der öffentlichen Präsentation des 1. Neuentwurfs noch, „man habe kurz vor der Veranstaltung erst erfahren, dass die Seniorenwohnungen nun doch wohl nicht gebaut würden“, so tauchen sie im neuerlichen 2. Entwurf wieder auf. Das ist für viele Bürger nicht glaubwürdig.
Die Nachfragen bezüglich des geplanten „Medizinischen Versorgungszentrums“ und dessen zu erwartenden Ausmaßes an (Verkehrs-)Belastung für die Bewohner der Hiltroper Landwehr bleiben von der Genehmigungsbehörde – mit dem üblichen Hin-

weis darauf, es handele sich hier um einen gewichtigen Privatinvestor, dem man schließlich nichts vorschreiben könne, - auch weiterhin unbeantwortet.

Übrigens:
Auch auf Nachfragen zur erwartenden (Verkehrs-)Belastung durch den Neubau der Kindertagesstätte gibt es keine Auskünfte, denn auch bei der AWO handelt es sich ja um einen Privatinvestor.
Auch die unermüdlichen Nachfragen zur möglichen Beplanung und Nutzung des VONOVIA-Geländes und eine zusätzliche (Verkehrs-)Belastung hierdurch werden weiterhin nicht befriedigend beantwortet.

Fazit:
Als Anwohner aus Bochum-Gerthe und Hiltrop hat man zu seinen Mitbürgern einen direkten Kontakt und nimmt die Stimmung und die Gespräche vor Ort wahr. Der Umgang der Planungs- und Entscheidungsinstanzen sowie der Stadtverwaltung mit den Bürgern wird von ihnen mehr und mehr als unsäglich, unehrlich und überheblich wahrgenommen.
Das „Wording“ der Pläne und Kommentare empfinden viele Menschen als unerträglich, denn für sie ist und bleibt eine „Stadtvilla“ ein drei- bis viergeschossiger Betonklotz.
Der Zustand des Bochumer Nordens, seine Verkehrsüberlastung und der Zustand der Gerther Mitte ist für die Bürger eine alltägliche Erfahrung. In den Diskussionen auf der Straße wird den Entscheidern ihre Planungs- und Realisierungsskompetenz zunehmend lauter abgesprochen, für viele Menschen ist der Zustand des ehemaligen Verwaltungsgebäudes seit vielen Jahren Beispiel genug.
Viele Gerther Bürger schauen – anders als einige Vertreter der Stadtverwaltung - über den Tellerrand des Bauprojekts „Wohnen am Hillerberg“ (hinter’m Krankenhaus und im ehemaligen Zwangsarbeiterlager auf dem Kirmesplatz) hinaus und sehen die von der Stadt Bochum nicht nur in Kauf genommene, sondern geplante Mehrbelastung durch Krankenhausgroßküche, ECOSOIL, Katholisches Klinikum etc. voraus.
Die Zerstörung des gewachsenen Siedlungsbildes und der Sozialstruktur ihrer Stadtrand-Lage, die, von Vertretern der Stadtverwaltung als wünschenswerte „Urbanisierung“ bezeichnet wird, werden sie nicht widerspruchslos akzeptieren.
Noch vor nicht allzu langer Zeit wurde dieser Vorort von derselben Stadtverwaltung als „das Dorf in der Stadt Bochum“ gelobt.

Der durch die neuen Planungen und die Außerachtlassung der Gesamtsituation in Bochum-Gerthe/-Hiltrop entstandene Vertrauensverlust lässt einen schweren politischen Schaden befürchten, den die politischen Vertreter im Bezirk Bochum-Nord nicht zu verantworten haben.

Da bei dem 2. Online-Bürgerbeteiligungsverfahren nur Anregungen von max. 400 Zeichen in das Online-Formular eingegeben werden konnten, schickten wir unsere ausführlichen Einwände bis zum 10. August 2023 direkt an die zuständige Koordinierungsstelle, an das Architekturbüro „plan lokal“. Da wir 6 Wochen lang keine Eingangsbestätigung erhielten, fragten wir am 22. September 2023 nach dem Verbleib unserer Einsprüche und erhielten die folgende Antwort:
„Ihre Eingaben von Anfang August haben wir erhalten und wie alle anderen Eingaben aus der Online-Beteiligung und der Ausstellung bearbeitet. In Kürze wird eine Dokumentation zum Planungs- und Beteiligungsprozess mit allen Ergebnissen veröffentlicht. Selbstverständlich werden die Ergebnisse der Beteiligung auch den Planenden zur Verfügung gestellt.“

Übrigens: Eine Veröffentlichung der Einwände und Anregungen der Bevölkerung aus dem 2. Bürger-Beteiligungsverfahren hat es bis heute nicht gegeben.

August / 2023 – Vorschlag der SPD Bochum-Nord an die Fraktion DIE GRÜNEN zur Änderung des Planentwurfes für das ehemalige Lagergelände

Im August 2023 unternahmen Politiker der SPD Bochum-Nord den Versuch, ihre Koalitionspartner Die GRÜNEN von einem alternativen Konzept für das südliche Baugebiet auf dem ehem. Lagergelände zu überzeugen, um einen gemeinsamen Antrag beider Parteien an die Stadtverwaltung zu stellen. Dieser Vorschlag sah eine Reduzierung der Bebauung und die Verlagerung der Gebäude in den östlichen Randbereich vor, um einen zentralen Gedenkort zu schaffen, die Neubausiedlung zu öffnen, um auch einer möglichen „Ghettoisierung“ vorzubeugen und ein angemessenes Entrée zum Hiltroper Volkspark zu schaffen.

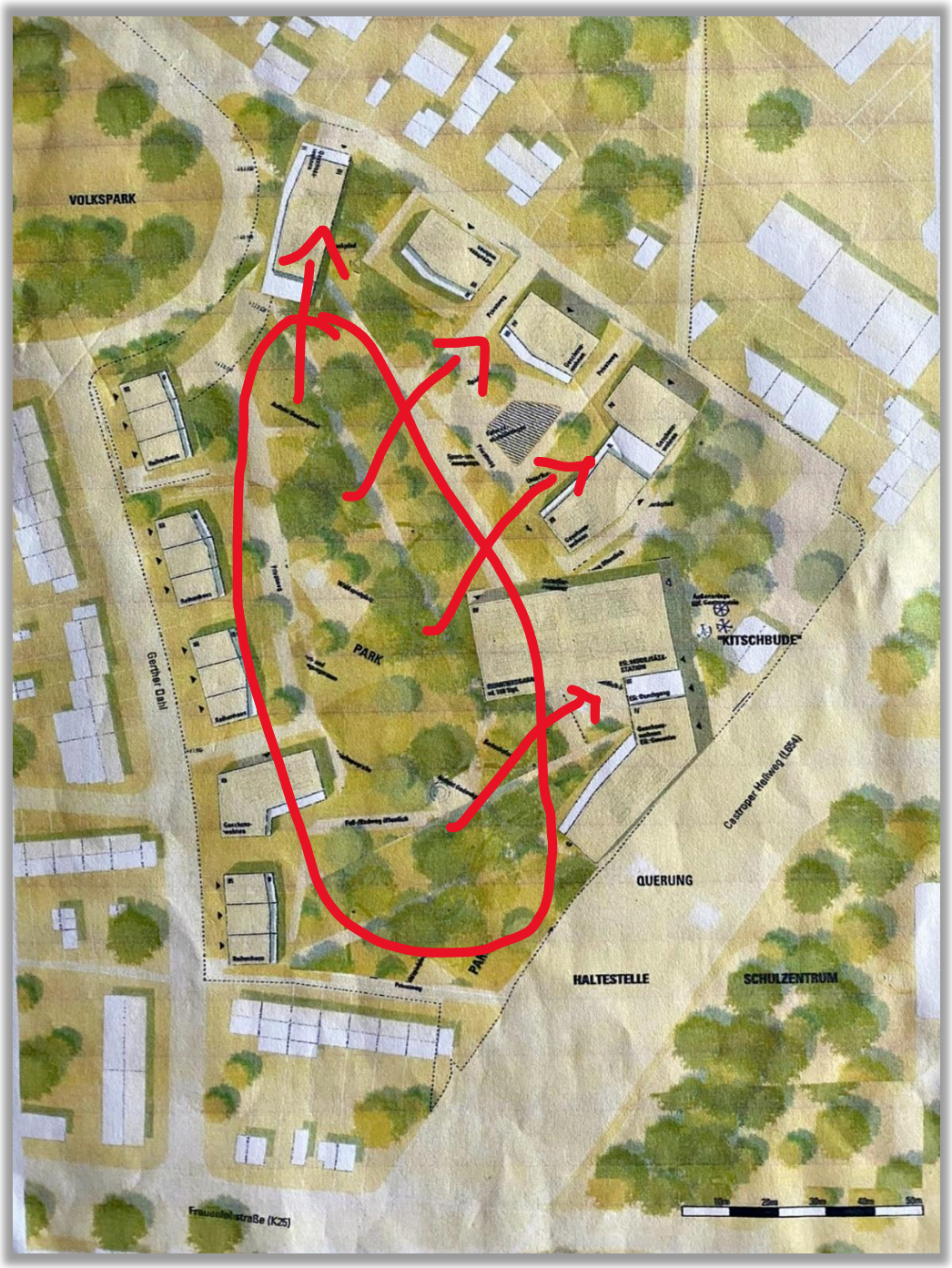


Abbildung 28 Entwurfsskizze der SPD Bochum-Nord zur Reduzierung und Verlagerung der Bebauung in den östlichen Geländeteil zugunsten eines zentralen Gedenkortes und der Öffnung der gepl. Bebauung (Foto: SPD Bochum-Nord, August. 2023)

22. September 2023 – Ortstermin mit SPD, GRÜNEN und *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* auf dem ehemaligen Lagergelände

Abbildung 29 *Castroper Hellweg 365/365b, Einmündung Heinrichstraße, Sicht auf die denkmalgeschützte „Kitsch-Bude“ und auf das dahinter liegende Gelände des Kriegsgefangenen- u. Zwangs-arbeiter*innen-Lagers „Heinrichstraße“ (Foto © Kohlengräberland)*

Bei diesem Termin im „Teilabschnitt Süd“ (ehemaliges Lagergelände) wollten sich Mitglieder der SPD und der GRÜNEN aus Bochum-Nord treffen, um den SPD-Vorschlag zur Reduzierung und Verlagerung der Bebauung noch einmal „vor Ort“ zu besprechen. Auch unser Projektleiter der *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* war hierzu eingeladen, er sollte die politischen Vertreter*innen noch einmal über die historische Bedeutung des Geländes und die Auswirkungen des Bodendenkmalschutzes auf die zukünftigen Baumaßnahmen informieren.
Ebenfalls sollten die erhaltenen, schützenswerten Relikte des ehem. Lagers (Zaunpfähle) besichtigt werden, um die Bedeutung des geplanten Änderungsvorschlags der SPD und ihren Wunsch nach Unterstützung durch die GRÜNEN zu erläutern.

Leider stießen wir bei den GRÜNEN auf taube Ohren. Ihre Vertreterin beharrte auf einer intensiven, kompakten Wohnbebauung in der Mitte des Geländes und befürchtete sogar, dass diese etwa durch die archäologischen Untersuchungen gefährdet werden könnten, wenn man auf dem Gelände weitere Relikte des NS-Unrechtsortes finden sollte. Auch deutete sie nochmal an, dass von den 1942 mit Teerfarbe gestrichenen Lager-Zaunpfählen heutzutage eine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung ausgehen könnte.
Schützenswert schien ihr lediglich das Strauchwerk am Rande des Geländes zu sein. Das Argument, dass die Verlagerung der Gebäude nach Westen auch die Chance für ausgedehnte Baumpflanzungen im mittleren Bereich und somit eine Erweiterung des Hiltroper Volksparks wären, lehnte sie – auch aus Kostengründen – kategorisch ab.
Bei einem weiteren Vermittlungsversuch warfen die Vertreter*innen der GRÜNEN der SPD Bochum-Nord vor, „sie ließe sich vor den Karren des *Kohlengräberland-Projekts* spannen“.

Übrigens: Gegen die Abholzung der übrigen Bäume an den Rändern des Lager-Geländes hatten die GRÜNEN seit Beginn der Planungen keinerlei Bedenken geäußert.

17. Oktober 2023 – 26. Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord
- „Beschluss der städtebaulichen Vertiefung - Wohnen am Hillerberg“ -

Abbildung 30 Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord am 17.10.2023 im Amtshaus Gerthe (Foto © Kohlengräberland)

Am 17. Oktober 2023 sollte von den Mitgliedern der Bezirksvertretung Bochum-Nord der „Beschluss der städtebaulichen Vertiefung – Wohnen am Hillerberg“ gefasst werden, also der Startschuss für die Aufstellung des Bebauungsplanes.

Übrigens: Erst 5 Monate nach der gemeinsamen Anfrage von SPD, GRÜNEN und CDU an die Stadtverwaltung Bochum (siehe Seite 20) erhielten unsere politischen Vertreter zu dieser Sitzung endlich eine Antwort auf ihre schriftlichen Anfragen zur Vorgehensweise der Planer im Baugebiet.

In der gemeinsamen Anfrage der Parteien bezüglich des Gedenkortes hieß es:
„In der Mitte des neu entstehenden Quartiers soll ein parkähnlicher Platz als Verweilort entstehen, der einen würdigen Raum für das Bodendenkmal als Erinnerungsort an das ehemalige Zwangsarbeiterlager und seiner Opfer an dieser Stelle bildet.

Die Stadtverwaltung antwortete in ihrem Beschlussvorschlag:

Die geplante bauliche Entwicklung wird auf den westlichen Bereich der Teilfläche beschränkt. Im östlichen Bereich im Übergang zwischen der sogenannten „Kitsch-Bude“ und dem Volkspark Hiltrop wird das bestehende Grün mit wertvollem Baumbestand als Park erweitert. Im weiteren Verlauf der Freiraumplanung werden gestalterische Ideen zur Entwicklung eines Erinnerungsorts zum ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter-Lager „Heinrichstraße“ der Bergbau AG Lothringen und der Eisen- und Hüttenwerke AG erarbeitet.

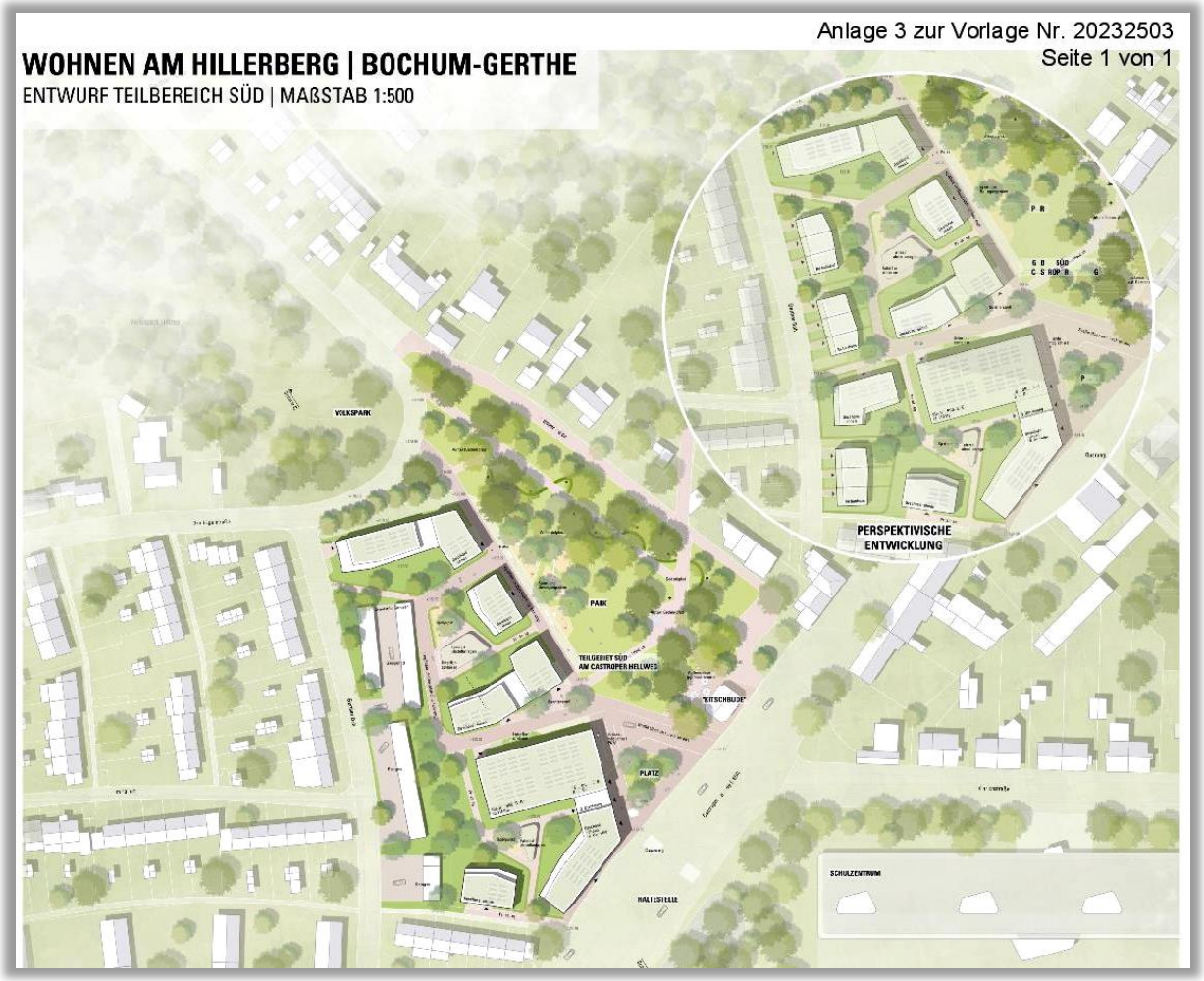


Abbildung 31 Entwurf für den südlichen Teilbereich (ehem. Lagergelände) zur Beschlussvorlage vom 17.10.2023 (Foto: Stadt Bochum)

Nachdem der zuständige Vertreter der Stadtverwaltung über die Planänderungen informiert hatte, musste er sich den kritischen Fragen der z. T. sehr enttäuschten Teilnehmenden stellen.
Hier stand in erster Linie die Frage im Vordergrund, warum die Verantwortlichen bisher übersehen konnten, dass sie Privatgrundstücke „verplant“ hatten, die ihnen gar nicht gehören würden und sie dies nun nicht etwa mit einer Reduzierung der Wohneinheiten, sondern – im Gegenteil – mit einer noch kompakteren Bauweise ausgleichen würden.

In der Sitzung erhielt auch der Projektleiter unserer *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* Rederecht und damit die Gelegenheit, den Mitgliedern der Bezirksvertretung

Bochum-Nord noch einmal die Bedeutung ihrer heutigen Abstimmung zu verdeutlichen und sie zur Ablehnung der gegenwärtigen Beschlussvorlage aufzufordern.
Auch überreichten wir allen Sitzungsteilnehmer*innen unsere überarbeitete und aktualisierte 40-seitige „Dokumentation zum Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lager Heinrichstraße“ (siehe Wettbewerbsbeitrag, 2.Teil).

Rede der *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* vor der Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord am 17. Oktober 2023, 15:00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
verehrte Anwesende,

seit Ende 2018 beteiligt sich die *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* nun an dem Bürgerbeteiligungsverfahren zum Bauprojekt „Gerthe West“.
Wir engagieren uns - also seit nun mehr als 5 Jahren - für einen zentralen Gedenkort am Unrechtsort des Gerther NS-Terrors auf dem Gelände des Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lagers „Heinrichstraße“ der Zeche Lothringen auf dem ehemaligen „Kirmesplatz“.

NRW URBAN, Planer und Stadtverwaltung und Entscheider haben wir seitdem unermüdlich und ausführlich über die Bedeutung dieses Unrechtsortes informiert:

- Anfang 2019 bei den ersten sogenannten *„Schlüsselpersonen-Gespräche“* mit der Stadtverwaltung und NRW URBAN,
- beim Quartiersspaziergang im August 2019,
- bei unseren zahlreichen öffentlichen Informationsveranstaltungen,
- bei unserem Antrag auf Bodendenkmalschutz für den „Kirmesplatz“, dem im März 2020 stattgegeben wurde,
- am 9. und 24. Juni 2020 bei unserer Rede vor der Bezirksvertretung Bochum Nord und dem Ausschuss für Planung und Grundstücke der Stadt zu unserem Antrag, das Gelände nach einem Todesopfer der Zwangsarbeit zu benennen.
- Bei den 3 Planungswerkstätten zur Bürgerbeteiligung im Oktober 2020, im April 2021 und im September 2021.

Alle Informationen über das Lagergelände wurden den Interessierten und Entscheidern zur Verfügung gestellt und können jederzeit im Internet abgerufen werden. Wir haben Ihnen nochmals ein aktualisiertes Exemplar unserer 40-seitigen Dokumentation zum Lager Heinrichstraße mitgebracht und bitten Sie Ihre anstehende Entscheidung nicht zu treffen, bevor Sie sich umfassend über die Bedeutung dieses Ortes informiert haben.
Denn bei Ihrer Entscheidung geht es um viel mehr als um ein Baugebiet.
Drei Jahre nach Bekanntwerden des „Bauvorhabens Gerthe West“ entschieden sich im Dezember 2021 der Ausschuss für Strukturentwicklung und Planung sowie die Bezirks-vertretung Bochum-Nord für den Entwurf den Planungsbüros RMP.SL in der Bochumer Jahrhunderthalle.

Diese beschlossene Planung sah – wie von allen Beteiligten vereinbart - die Öffnung zum Hiltroper Volkspark und einen zentralen Gedenkort auf dem südlichen Siedlungsgelände vor.

Nach dem gefundenen Kompromiss folgte dann jedoch die Enttäuschung aller Beteiligten mit der Auslegung der neuen Entwurfsplanungen im Gerther Schulzentrum am 8. März 2023. Teile der ansässigen Bevölkerung sprechen inzwischen von in Kauf genommener oder gar bewusster Täuschung der Bürger.

Der zentrale Gedenkort und die Öffnung zum Hiltroper Park waren in den neuen Plänen verschwunden, stattdessen war eine noch kompaktere Bebauung auf dem Gedenkort platziert und als Kompensation ein „Gedenkpfad“ außerhalb der Wohnsiedlung installiert.
Vielleicht hatte man ja Sorge, dass man mit der Konfrontation der Neusiedler mit der dunklen Vergangenheit die „neue Heimat im alten Lager“ beeinträchtigt. Vielleicht ging es ganz profan aber auch nur um die Aufstockung der Wohneinheiten und Gewinnmaximierung?

Wieder folgten Anregungen, Eingaben und qualifizierte Einwände aus der Bürgerschaft in der Hoffnung auf deren Berücksichtigung. Wieder folgte ein Gespräch der Stadtverwaltung und NRW URBAN mit den Bürgerinitiativen und der *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* am „Runden Tisch“.
Leider waren die politischen Entscheider, - also Sie, meine Damen und Herren, dazu nicht eingeladen.
Auch die 2. Entwürfe zeigten keine Berücksichtigung der Einwände aus der Bürgerschaft und manifestierten den von den Planungsbeteiligten neu geschaffenen Zustand, der den zentralen Gedenkort auch wieder ignoriert.
Wieder folgte ein Onlineverfahren zur Bürgerbeteiligung – mit max. 400 Zeichen -, die Veröffentlichung dieser Anregungen steht noch aus.

Was glauben Sie, wieviel Ablehnung und Ignoranz eine engagierte Bürgerschaft von Ihrer Stadtverwaltung und den beteiligten Planungsinstanzen erträgt?
Bitte haben Sie – als unsere gewählten Vertreter - die politischen Konsequenzen derer im Blick, die ihre Lebenszeit nicht in die zermürbende Auseinandersetzung mit „denen da oben“ investieren, die sich im Vorfeld nicht bei Planungsprozessen einsetzen und ihre demokratische Mitwirkung einfordern.
Bedenken Sie, welche Reaktionen Ihre Abstimmung und Ihre Entscheidungen bei denen auslösen, die ihre Meinung nur hinter vorgehaltener Hand oder lautstark am Stammtisch kundtun und ihrer Enttäuschung über die Vorgehensweise der Planer und Entscheider dann schlimmstenfalls heimlich an der nächsten Wahlurne eine Stimme verleihen.

Wenn Ihnen wirtschaftliche Gewinnorientierung, ein „urbanisiertes Gerthe“ und der Erhalt von Ruderalvegetation am Kirmesplatz wichtiger ist als die Einbindung eines zentralen Gedenkortes für die Nazi-Opfer, wenn Ihre Sorge um die mögliche Gesundheitsgefährdung der Anwohner durch den Erhalt der letzten, 1942 mit Teerfarbe gestrichenen Zaunpfähle des Lagers, größer ist als die Beseitigung dieser Relikte durch

Überbauung für Wohnhäuser, dann werden Sie dem vorgelegten Entwurf zustimmen und sich „nicht vor die Karre“ von uns *„Kohlengräbern“* spannen lassen.

Politische Lippenbekenntnisse zur „großen Bedeutung“ von Erinnerungs- und Gedenkkultur sowie „Ausgleichs-Gedenk-Wanderwege“ außerhalb der geschlossenen und kompakten Neubausiedlung am Rande des Geschehens werden den Opfern unserer lokalen Geschichte, - oder sagen wir besser den Opfern unserer eigenen Nazi-Vorfahren – im Bochumer Norden nicht gerecht.
Diese gequälten und ermordeten Menschen und das Gedenken an das Unsagbare Unrecht, das ihnen – vor unserer eigenen Haustür – widerfuhr, dürfen nicht zum zweiten Mal Opfer von Gleichgültigkeit und wirtschaftlicher Gewinnmaximierung werden. Wir bitten Sie:

- Sprechen Sie sich für eine Reduzierung der geplanten Bebauung auf dem südlichen Gelände aus!
- Unterstützen Sie unsere Forderung nach Erhaltung der Lagerrelikte!
- Treten Sie für die Öffnung der Siedlung – im Sinne des oft geforderten „Portals zum Hiltroper Volkspark“ - ein und setzen Sie sich für einen würdigen Gedenkort als sichtbares Zeichen im Herzen der neuen Siedlung ein.

Geben Sie dieser aktuellen Planung heute Ihre Stimme nicht!
Im Namen der *„Kohlengräber“* bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Nachdem alle Beteiligten Rückfragen an den Vertreter der Stadtverwaltung gestellt hatten, schloss sich eine intensive Diskussion der politischen Vertreter an, in der auch noch einmal über notwendige Reduzierung der geplanten Bebauung im südlichen Teilbereich diskutiert, aber auch die Notwendigkeit eines Gedenkortes hervorgehoben wurde. Hier wurden wir nochmals gebeten, grundsätzliche Informationen über den Boden-/Denkmalschutz zu geben.
Am Ende der Beratungen verständigten sich alle Mitglieder der Bezirksvertretung einstimmig darauf, dem vorgelegten Verwaltungsbeschluss heute nicht zuzustimmen und die Stadtverwaltung bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 07. November 2023 – unter Berücksichtigung der vorgebrachten Kritikpunkte - zur Änderung der Beschlussvorlage aufzufordern.

7. November 2023 – 27. Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord
- „Beschluss der städtebaulichen Vertiefung - Wohnen am Hillerberg“ -

Der am 7. Oktober 2023 einstimmig abgelehnte Beschlussvorschlag wurde in der 27. Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord dann schließlich mit einer 2/3-Mehrheit angenommen, es gab

- 2 Gegenstimmen (SPD / LINKE),
- 3 Enthaltungen (CDU),
- 10 Vertreter (SPD, Grüne, FDP/UWG, BD) stimmten für den Antrag.

Die SPD konnte sich mit ihrem Vorschlag, den südlichen Bereich hin zum Castroper Hellweg lockerer zu bebauen, nicht durchsetzen. Fraktionschefin Snezana Curvija: „Dafür fanden wir keine Mehrheit. Unsere Forderungen sind ein hart diskutierter Kompromiss, mit dem wir leben können.(WAZ Bochum, Unsere Stadtteile, 07.11.2023)
Dem Beschluss wurde dann eine weitere gemeinsame „Anregung“ der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, CDU und FDP/UWG beigefügt, in der es unter Punkt 3 heißt:
„In der Grünfläche zwischen Hiltroper Heide und der Neubebauung sollte ein deutlich erkennbarer Erinnerungsort an das dortige Unrechtsgeschehen implementiert werden, der zukünftig ein würdevolles Gedenken ermöglicht.“

Abbildung 32 27. Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord im Ratssaal des Gerther Amtshauses am 7. Nov. 2023 (Foto © Kohlengräberland)

*Abbildung 33 Schüler*innen des Kohlengräberland-Projekts nehmen am 7. November 2023 an der 27.Sitzung der Bezirksvertretung Bochum-Nord im Ratssaal des Gerther Amtshauses teil. (Foto © Kohlengräberland)*

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG

Dienstag, 7. November 2023

UNSERE STADTTEILE

Neubaugebiet: Kritik an Quartiersgaragen

GERTHE. Die Politik im Norden der Stadt hat Änderungsvorschläge zum Projekt „Wohnen am Hillerberg“

Sabine Vogt

Gerthe/Hiltrop. Die Pläne für das Neubaugebiet „Wohnen am Hillerberg“ (ehemals „Gerthe-West“) werden konkreter. Und es zeichnet sich ein Konsens ab, nachdem zuvor Unstimmigkeiten die Debatten beherrschten.

Hatte die Bezirksvertretung Bochum-Nord in ihrer letzten Sitzung die Entscheidung vertagt, gibt es inzwischen einen Schulterschluss aller Fraktionen. SPD, CDU, Grüne sowie FDP/UWG haben sich jetzt für die nächste Zusammenkunft am heutigen Dienstag (7.11.) auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt. Darin wird eine Reihe von Änderungen vorgeschlagen; generell wollen alle dem Vorschlag der Verwaltung zur sogenannten städtebaulichen Vertiefung des Vorhabens zustimmen. „Wir haben einen Kompromiss gefunden, der für alle tragbar ist“, sagt Thomas Wedding, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bezirk Nord. Das hieße aber auch, dass sich niemand mit seinen Forderungen ganz durchsetzen konnte.

Gedenkstätte für Zwangsarbeiter soll deutlich werden

An der Dreihügelstraße, angrenzend zum Hiltroper Volkspark, sei der geplante L-förmige Riegelbau eines Mehrfamilienhauses zu massiv. Stattdessen wird vorgeschlagen, dort Reihenhäuser als Sozialwohnungen zu errichten. Wedding: „Das wären in Summe etwa fünf bis sechs Wohnungen weniger.“

Die Quartiersgaragen gelten als die größten Bauten mit bis zu vier Geschossen im künftigen Wohngebiet. Sollte es bei dieser Lösung bleiben, schlagen die Fraktionen vor, die unterste Etage in den Boden zu bauen, sodass oberirdisch nur noch drei Geschosse sichtbar sind.

Für die Grünflächen im Quartier Süd, zwischen Castroper Hellweg und einschließlich des Übergangs zum Hiltroper Volkspark, sollte eine ansprechende Gestaltung der Eingangsbereiche geschaffen werden. Dabei sollte geprüft werden, ob nicht auch der Abschnitt der Dreihügelstraße in die Neugestaltung, zum Beispiel in Form eines „offenen Straßenraums“ einbezogen werden kann, um die Attraktivität des Quartiers zu erhöhen.

Das Neubaugebiet „Wohnen am Hillerberg“ geht in die nächste Phase. HANS BLOSSEY

> Wir sind froh, dass die ‚Wildnis für Kinder‘ nicht angetastet wird. Und auch die Bebauung der Felder an der Sodinger Straße zu begrenzen. Beide sind unter anderem für die Frischluftversorgung in Gerthe wichtig.
>
> **Thomas Wedding,** Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bezirk Nord

Die Gedenkstätte für die Zwangsarbeiter als Ort der Erinnerung soll visuell deutlich erkennbar sein. Möglich wäre es, Gebäudeumrisse der früheren Baracken im Pflaster abzubilden. Die CDU-Fraktion befürwortet die Pläne zum Neubauvorhaben. „Es ist gut, dass Wohnungen gebaut werden, der Bedarf ist groß“, erklärt Fraktionschef Andreas Konze.

Doch die CDU tut sich noch mit den Quartiersgaragen schwer. „Es ist ein Pilotprojekt, das noch nirgends erprobt wurde. Ein Konzept fehlt bislang, auch die Frage der Bewirtschaftung ist nicht geklärt.“ Zwar sei auch im Bebauungsgebiet Ostpark eine Quartiersgarage vorgesehen, die aber sei noch gar nicht gebaut.

SPD: Den südlichen Bereich lockerer bebauen

Konze legt zudem Wert darauf, dass der künftige Sportplatz des BV Hiltrop an der Sodinger Straße im Gesamtpaket des Projektes festgeschrieben wird. Hatten die Grünen zuletzt noch die Pläne der Stadt Bochum kritisiert, auf Wunsch eines privaten Investors zusätzliche Baugrundstücke für 34 Wohneinheiten im Norden des Plangebietes auszuweisen, ziehen sie ihr Forderung nach Grün statt Wohnen an dieser Stelle zurück. Thomas Wedding sagt dazu: „Wir sind froh, dass die ‚Wildnis für Kinder‘ nicht angetastet wird. Und auch die Bebauung der Felder an der Sodinger Straße zu begrenzen. Beide sind unter anderem für die Frischluftversorgung in Gerthe wichtig.“

Die SPD konnte sich mit ihrem Vorschlag, den südlichen Bereich hin zum Castroper Hellweg aufgelockerter zu bebauen, nicht durchsetzen. Fraktionschefin Snezana Curuvija: „Dafür fanden wir keine Mehrheit. Unsere Forderungen sind ein hart diskutierter Kompromiss, mit dem wir leben können.“ Zu den Quartiersgaragen sagt sie, es sei noch völlig offen, wie viele Parkplätze benötigt würden. „Die Stellplatzsatzung richtet sich nach der Größe der Wohnungen, und die stehen noch nicht fest. Wichtig ist der nächste Schritt, die Verabschiedung des Bebauungsplans.“

Am Hillerberg sollen knapp 400 Wohnungen entstehen

Nach aktuellem Stand sollen damit knapp 400 Wohnungen am Hillerberg entstehen, 234 im Norden und jeweils bis zu 86 in den Bereichen Mitte und Süd.

Parallel zur Bezirksvertretung tagt am nächsten Dienstag der Planungsausschuss, der die Entscheidung fällen wird. Deshalb treffen sich die Bezirksvertreter eine Stunde früher, damit ihre Änderungsvorschläge in den Beschluss einfließen können. Wedding: „Der Planungsausschuss hat uns signalisiert, dass sich nicht unserem Votum entgegenstellen wolle.“

Abbildung 34 Lokalteil der WAZ Bochum vom 7. November 2023 zum geplanten Gedenkort

AUSGABE 041 -11-23

hallobo NORD

www.hallobo.de

Diese Gärten an der Sodinger Straße können jetzt von einem privaten Investor bebaut werden – sagt die Bezirksvertretung Nord.

Kompromiss für „Gerthe-West“

Das Wohnbaugebiet „Wohnen am Hillerberg“ wird wohl größer als bisher gedacht. Darauf haben sich zumindest die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP/UWG in der Bezirksvertretung Nord geeinigt.

Drei große Gartengrundstücke an der Sodinger Straße, gegenüber des Hillerbergs, könnten jetzt ebenfalls bebaut werden. Dort will ein privater Investor 34 Wohneinheiten errichten. „Wir lehnen das nicht mehr ab, tragen diesen Kompromiss mit“, sagte Thomas Wedding, der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Vorfeld der letzten Sitzung der Bezirksvertretung. Das sei zwar eine weitere Versiegelung von Flächen, man habe sich aber zwischen den Polen Naturschutz und der Bereitstellung von dringend benötigtem Wohnraum befunden, deshalb jetzt der Kompromiss. Die sehr tiefen Gartengrundstücke bis zur Nikolausstraße könnten so nicht erhalten bleiben, die Freiflächen zum Hillerberg aber sehr wohl. „Die sind auch wichtig für die Frischluftversorgung Gerthes“, so Wedding. Die „Wildnis für Kinder“ könne ebenfalls erhalten bleiben.

Wie beim größten Teil von Entscheidungen einer Bezirksvertretung bleibt das alles allerdings eine Empfehlung, eine Anregung. Entschieden wird letztlich im Rat der Stadt. Der Planungsausschuss des Rates hatte den Plänen am gleichen Tag zugestimmt, mit den Anregungen aus dem Bochumer Norden. Teil des Kompromisses im Bezirk ist auch die Idee, anstatt eines L-förmigen Geschossbaues hin zum Hiltroper Volkspark eine Reihenhausbebauung zu planen, wenn es geht, mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus. Gewollt ist ebenso, dass das ehemalige Zwangsarbeiterlager zum sichtbaren Erinnerungsort wird, der, so heißt es, „ein würdevolles Gedenken ermöglicht.“

Die angedachten „Quartiersgaragen“ sollen nach den Vorstellungen der Bezirksvertretung zum Teil in der Erde verschwinden. Zumindest eine Etage der Garagen sollte unterirdisch angelegt werden, weil die optische Wahrnehmung belasten würden, heißt es in einem Papier. Kritik an den Quartiersgaragen kommt von der CDU im Rat, dazu gebe es in Bochum keine Erfahrungswerte. Und außerdem brauche man mehr Ein- und Zweifamilienhäuser, das Bauprojekt Ostpark in Altenbochum/Laer zeige dies mehr als deutlich, da habe es für 26 Grundstücke 950 Bewerbungen gegeben. Mit den Vorschlägen der Verwaltung zum Hillerberg würden diese Bedarfe nicht abgedeckt. Dazu komme, dass der neue Sportplatz an der Sodinger Straße immer noch nicht in Angriff genommen wurde. Ohne einen neuen Platz könne man am Hillerberg nicht bauen.

Abbildung 35 hallobo NORD, Novemberausgabe 2023 zum Gedenkort auf dem ehem. Lagergelände

7. November 2023 – Sitzung des Ausschusses für Planung und Grundstücke - „Beschluss der städtebaulichen Vertiefung - Wohnen am Hillerberg“ -

Nur eine Stunde nach dem Beschluss der Bezirksvertretung Bochum-Nord wurde vom Ausschuss für Planung und Grundstücke dem Antrag der Bochumer Stadtverwaltung für das Bauprojekt „Wohnen am Hillerberg“ mehrheitlich zugestimmt.
(Auch 2 Wochen nach der Sitzung wurden das Protokoll und die Ergebnisse der Abstimmung noch nicht veröffentlicht.)
Nun wird von den Planungsbüros der Bebauungsplan erarbeitet und wahrscheinlich im 3. Quartal 2024 veröffentlicht. Dann gibt es für uns „Kohlengräber“ und die Bürger*innen nur noch eine vierwöchige Einspruchsfrist und die Möglichkeit, gegen die Pläne möglicherweise gerichtlich vorzugehen

(Zwischen-)Ergebnis für das Kohlengräberland-Projekt:

- Wir *„Kohlengräber“* haben (seit 2018 mittlerweile nun schon über 5 Schüler-*innen-Generationen) an einem demokratischen Prozess teilgenommen und – trotz der vielen Rückschläge – erfahren, dass es sich lohnt, für eine gemeinsame Sache Zeit zu investieren, standhaft zu bleiben, nicht aufzugeben und für eine Sache zu kämpfen, an die man glaubt.
- Wir haben uns u. a. in Pläne, Gutachten, Verwaltungsvorschriften, der Gemeindeordnung NRW und dem Denkmalschutz-Gesetz auseinandergesetzt und uns Wissen angeeignet, das für Schüler*innen in der Regel nicht selbstverständlich ist. Dabei haben wir festgestellt, dass auch wir “die Welt vor der eigenen Haustür“ mitgestalten und verändern können.
- Auch wir *„Kohlengräber“* haben mit unserem bürgerschaftlichen Engagement maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stadt Bochum und das Land NRW eines der, wenn nicht sogar das logistisch und finanziell aufwändigste Bürger-Beteiligungsverfahren des Landes zu einem geplanten Bauprojekt durchgeführt hat.
- Die *„Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt“* hat Kontakt zu Bürgerinitiativen, Politiker*innen und Fachleuten bekommen, haben unsere Standpunkte vertreten, gestritten, dazugelernt und gemeinsame Kompromisse erreicht, auch wenn wir mit den Ergebnissen alles andere als zufrieden sind.
- Wir sind davon ausgegangen, dass die im Dezember 2021 nach drei Jahren heftiger Auseinandersetzung erreichten Kompromisse verbindlich für die neuen Planentwürfen sind und in den zukünftigen Bebauungsplänen umgesetzt werden. In diesem vergangenen Jahr 2023 haben wir aber leider erfahren müssen, wie wirtschaftliche Interessen und die Belange und die Vorgehensweise der Stadtverwaltung gegenüber der Erhaltung von Natur, gewachsener Siedlungsstruktur, einer notwendigen Erinnerungs- und Gedenkkultur, aber auch entgegen dem Willen der betroffenen Bürgerschaft und engagierten Politikern der

Bezirksvertretung durchgesetzt werden, ohne dabei die möglichen politischen Folgen zu bedenken und dafür verantwortlich gemacht zu werden können.

- Wir *„Kohlengräber“* haben nicht nur erreicht, dass das Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiter*innen-Lagers der Zeche Lothringen unter Denkmalschutz gestellt wurde, sondern dass dieser NS-Unrechtsort durch unsere Initiative nun auch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, der Mitbürger*innen im Bochumer Norden und der Politik gerückt worden ist. Die Planer, die Bochumer Stadtverwaltung sowie das Land NRW können – dank unseres Einsatzes – die viel zu lange ignorierte NS-Geschichte des Geländes nun nicht mehr länger außer Acht lassen und müssen sie berücksichtigen.
- Wir *„Kohlengräber“* haben nun über fünf Jahre unseren Beitrag geleistet, damit zukünftig eine Gedenkstätte an die viel zu lange vergessenen und verschwiegenen Gerther Opfer von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit erinnert. Wir Schüler*innen haben in diesem Jahr die Arbeit unserer Vorgänger*innen fortgeführt. Alle interessierten Menschen im Bochumer Norden und darüber hinaus können sich auf unserer *Kohlengräberland-Homepage* zukünftig selbst ausführlich über das Schicksal dieser Arbeitssklav*innen und die unmenschlichen Lebensumstände in dem/n Lager/n Lothringen „vor der eigenen Haustür“ informieren.

Ausblick:

- Die Veröffentlichung und Auslegung der Bebauungspläne für das Baugebiet „Gerthe-West“ (jetzt „Wohnen am Hillerberg“) ist für den Herbst 2024 geplant. Nach der Veröffentlichung der Bebauungspläne gibt es dann eine letzte, nur 4-wöchige Frist, um mit Eingaben gegen die Pläne zu widersprechen. Einige Mitglieder der *Kohlengräberland-Geschichtswerkstatt* werden (, auch wenn wir dann nicht mehr Schüler*innen des *Kohlengräberland-Projekts der Erich-Fried-Gesamtschule* sind,) die begonnene Arbeit fortführen, die Entwürfe und Gutachten genau studieren und überprüfen, ob die Planungen für einen würdigen Gedenkort entsprechend umgesetzt werden. Schon jetzt ist – gemeinsam mit den Bürgerinitiativen - beabsichtigt, die Gerther Bürger*innen im Rahmen einer öffentlichen Bürgerversammlung über die Bebauungspläne und das Einspruchsrecht aufzuklären. Auch wir *„Kohlengräber“* werden unser Einspruchsrecht nutzen und, wenn nötig, mit der Unterstützung der Gerther Bürgerinitiativen notfalls rechtliche Schritte gegen die Stadt Bochum und NRW URBAN erwägen.
- Wir werden uns auch weiterhin bei der zuständigen Bezirksvertretung Bochum-Nord dafür einsetzen und unermüdlich beantragen, dass Straßen und Plätze des Neubaugebietes nach Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen der Zeche Lothringen benannt werden.
- Sobald „die ersten Bagger rollen“, werden wir mit Mitgliedern der Bürgerinitiativen und Anwohnern kontrollieren, ob Sondierungsarbeiten durchgeführt und

die Erdarbeiten – wie vielfach zugesagt – von sachkundigen Mitarbeitern archäologisch begleitet werden. Auch werden wir beobachten, ob die erhaltenen Relikte des ehemaligen Lagers unbeschädigt erhalten bleiben und nicht etwa doch abgeräumt und überbaut werden.

- Wir werden auch zukünftig an unseren Recherchen und der Aufarbeitung der Schicksale der geschundenen Opfer des NS-Terrors in Bochum-Gerthe und Hiltrop weiterarbeiten, unsere Ergebnisse der Öffentlichkeit auf unserer *Kohlengräberland-Homepage* zur Verfügung stellen und damit unseren Beitrag gegen das Vergessen leisten.
- Wir werden die Installation und die Gestaltung des Denkmals sowie die Schaffung des Lern- und Erinnerungsortes kritisch begleiten und den zuständigen Stellen bei der Bochumer Stadtverwaltung mit sachkundigen Informationen (z. B. in Hinblick auf Informationstafeln) zur Verfügung stehen.
- Wir *Kohlengräber* werden die Öffentlichkeit darüber informieren, dass die Initiative, und die Durchsetzung eines Gedenkortes am „Lager Heinrichstraße“ nicht etwa der Stadtverwaltung Bochum oder der lokalen Politik zu verdanken ist, sondern engagierten Bürger*innen.

Erinnern für die Zukunft.
Das sind wir *Kohlengräber* den Opfern des Lagers schuldig.

*Abbildung 34 Kohlengräberland-Entwurf aus dem Jahr 2018 für ein Mahnmal für die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter*innen der Zeche Lothringen auf dem Gelände des ehem. Lagers „Heinrichstraße“ (Fotomontage © Kohlengräberland)*